



GEMEINDE POMMERBY

Der Bürgermeister

Gemeinde Pommerby * Der Bürgermeister * 24395 Pommerby

24395 Pommerby

Telefon: 04643 / **186262** (Bürgermeister)

E-Mail: info@amt-geltingerbucht.de

Datum: 19.05.2022

Einladung

Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Pommerby

Sitzungstermin: Montag, 30.05.2022, 19:30 Uhr

Raum, Ort: Möwe Jonathan, Geltinger Straße 8, 24395 Pommerby

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit und gegebenenfalls Beschluss über Änderungsanträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über die in nichtöffentlicher Sitzung zu behandelnden Tagesordnungspunkte
3. Beschluss über Einwendungen zur Niederschrift der Sitzung vom 06.12.2021
4. Verwaltungsbericht des Bürgermeisters
5. Einwohnerfragestunde
6. Bauleitplanung in der Gemeinde Pommerby **2022-09GV-083**
hier: 1. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes VB Nr. 2 "Sonstiges Sondergebiet Ferien auf dem Bauernhof Börsby"
Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 "Campingplätze Gammeldamm und Seehof"
hier: Vorstellung der Planung
8. Beratung und Beschluss über den Jahresabschluss 2021 **2022-09GV-082**
9. Beratung und Beschluss über die Instandsetzung mehrere Straßeneinläufe
10. Wegeangelegenheiten
11. Verschiedenes

Der / die nachfolgende/n Tagesordnungspunkt/e wird/werden nach Maßgabe der Beschlussfassung durch das Gremium voraussichtlich nichtöffentlich beraten:

12. Vertragsangelegenheiten
13. Grundstücksangelegenheiten

gez. Rolf Frerich
Bürgermeister

Hinweis:

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus findet die Sitzung unter Einhaltung der am Tag der Sitzung gültigen Hygienestandards statt. Das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung ist eventuell erforderlich, um den Sitzungsraum zu betreten.

Betreff
**Bauleitplanung in der Gemeinde Pommerby
hier: 1. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes VB
Nr. 2 "Sonstiges Sondergebiet Ferien auf dem Bauernhof Börsby"
Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung
Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

<i>Sachbearbeitende Dienststelle:</i> Bauamt	<i>Datum</i> 11.05.2022
<i>Sachbearbeitung:</i> Dirk Petersen	

<i>Beratungsfolge (Zuständigkeit)</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Gemeindevertretung der Gemeinde Pommerby (Beratung und Beschluss)	30.05.2022	Ö

Sachverhalt:

Zur 1. Änderung VB Nr. 2 "Sonstiges Sondergebiet Ferien auf dem Bauernhof Börsby" ist zwischenzeitlich die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden / TÖB durchgeführt worden. Nach Beratung der dort eingegangenen Stellungnahmen (vgl. Ziff. 1 des nachfolgenden Beschlusses) kann die Gemeindevertretung nunmehr mit dem Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (vgl. Ziff. 2) den Entwurf des Bebauungsplanes in das Beteiligungsverfahren nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB geben.

Der Planentwurf wird dann nach vorheriger Bekanntmachung für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt; zeitgleich werden die von der Planung betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Pommerby beschließt:

1. Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung werden mit folgendem Ergebnis beraten:

-siehe Vorlagenanlage-

2. Der Entwurf der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 2 „Sonstiges Sondergebiet Ferien auf dem Bauernhof Börsby“ und die Begründung (siehe Anlage) werden in der vorliegenden Fassung gebilligt

oder

... werden mit folgenden Änderungen gebilligt:

Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.

Anlagen:

Abwägungstabelle

1. Änderung des VB Nr. 2 „Sonstiges Sondergebiet Ferien auf dem Bauernhof Börsby“, Satzung mit Begründung, Entwurf

Gemeinde Pommerby: 1. Änderung des vorhabenbezogener Bebauungsplanes VB 2 „Sonstiges Sondergebiet - Ferien auf dem Bauernhof Börsby“

Prüfung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden / Träger öffentlicher Belange, Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit

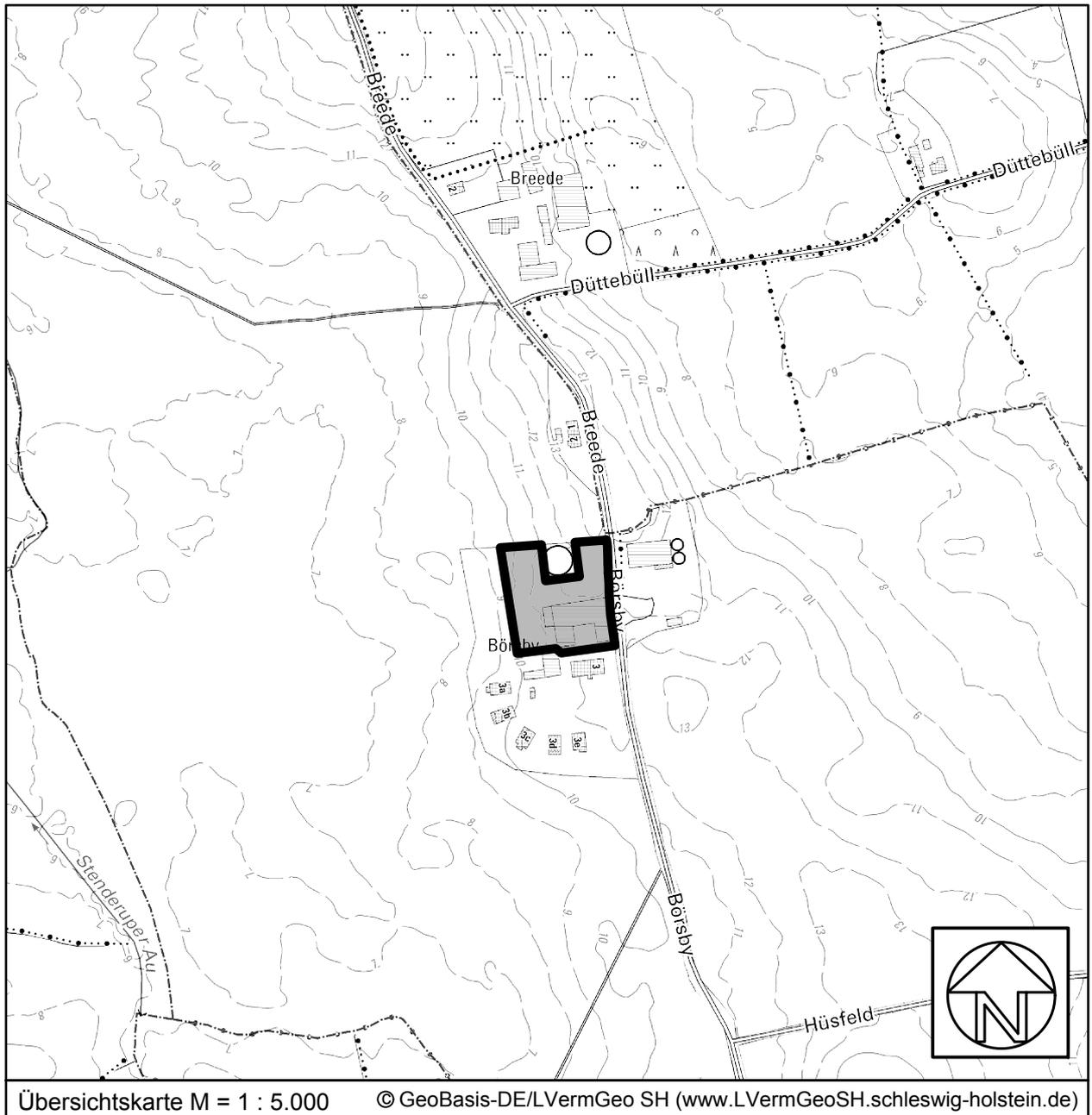
Eingang	Stellungnahme	Bewertung
1. Behörden / Träger öffentlicher Belange, Nachbargemeinde – beteiligt, Stellungnahme liegt nicht vor		
<ul style="list-style-type: none"> • Landesamt für Denkmalpflege, Freiwillige Feuerwehr Pommerby 		
2. Behörden / Träger öffentlicher Belange – Stellungnahme ohne Bedenken, Hinweise		
Deutsche Telekom Technik 21.10.2021	Keine Bedenken	Kenntnisnahme
LLUR techn. Umweltschutz 16.11.2021	Gegen die Durchführung der geplanten Maßnahme bestehen aus der Sicht des Immissionsschutzes von hier aus keine Bedenken.	Kenntnisnahme
LLUR Forstbehörde 25.10.2021	Forstbehördliche Belange sind von der Planung nicht betroffen.	Kenntnisnahme
Handwerkskammer Flensburg 19.11.2021	Anregungen und Bedenken werden nicht vorgebracht.	Kenntnisnahme
IHK Flensburg 23.11.2021	Keine Bedenken	Kenntnisnahme
Landwirtschaftskammer 17.11.2021	Keine Bedenken	Kenntnisnahme
Breitbandzweckverband Angeln 22.10.2021	Keine Anmerkungen	Kenntnisnahme
3. Behörden / Träger öffentlicher Belange mit Hinweisen, Bedenken		
Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein 22.10.2021	Wir können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmale gem. § 2 Abs. 2 DSchG in der Neufassung vom 30.12.2014	Kenntnisnahme. Der Vorhabenträger wird informiert.

	<p>durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir keine Bedenken und stimmen den vorliegenden Planunterlagen zu. Hinweis auf § 15 DSchG</p>	
<p>Kreis Schleswig-Flensburg 29.11.2021</p>	<p><u>Fachdienst Wasserwirtschaft</u> Gegen die Planung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Im nächsten Bauantrag bzw. Nutzungsänderungsantrag ist die Oberflächenentwässerung der Hoflage bis zur Einleitung in die Verbandsleitung darzustellen. Bei Anschluss einer befestigten Fläche (Dach- und Hoffläche) > 1.000 m² wäre ein Erlaubnis Antrag zu stellen. Ebenso ist eine Auflistung der an die Kleinkläranlage zukünftig angeschlossenen Wohneinheiten (WE) und Einwohnergleichwerte durchzuführen. Die Kleinkläranlage wäre dann an den Bedarf anzupassen. Der entsprechende Antrag zur Erweiterung der Kläranlage wäre ebenso dem o.a. Bauantrag beizufügen.</p> <p>Von den anderen Fachdiensten des Kreises Schleswig-Flensburg werden keine Hinweise gegeben.</p>	<p>Kenntnisnahme. Der Vorhabenträger wird informiert.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
<p>Wasserzweckverband Ostangeln 29.11.2021</p>	<p>Bei der technischen Infrastruktur ist zu beachten, dass für die Planung zur Erschließung der Wasserversorgung einschließlich Hydranten Anlagen der Wasserzweckverband Ostangeln zuständig ist. Der Wasserzweckverband gibt die Rohrleitungstrasse und das zu montierende Material vor, wobei die Rohrleitungstrasse zusammen mit dem Projektleiter abgesprochen werden sollte. In einem Übersichtsplan werden die Rohrleitungstrasse, Armaturen und Hydranten schematisch eingezeichnet, wonach Rohrleitungsbaunternehmen Angebote zur kompletten Verlegung dem Erschließungsträger sowie dem Wasserzweckverband zusenden können. Für dieses Bauvorhaben wird wahrscheinlich nur ein zusätzlich zweiter Hausanschluss benötigt. Der dann durch den Wasserzweckverband hergestellt wird. Der Wasserzweckverband überwacht dann die auszuführenden Arbeiten. Der Wasserzweckverband ist bei Planungsänderungen mit einzubeziehen. Der Wasserzweckverband übernimmt das neue Rohrleitungssystem nach den Nachweisen, der fachgerechten Verlegung, Keimfreiheit, digitaler Einmessung und ordnungsgemäßer Übergabe.</p>	<p>Kenntnisnahme. Der Vorhabenträger wird informiert.</p>

Wasser- und Bodenverband Beveroe 15.11.2021	<p>Grundsätzlich möchte ich darauf hinweisen, dass die Gemeindestraße in diesem Bereich die Grenze der Wasser- und Bodenverbände Beveroe und Geltinger Stenderuper Au ist, so dass das Wasser, das östlich in das Regenrückhaltebecken geleitet wird, in die Vorflut des Wasser- und Bodenverbandes Beveroe abgeführt wird. Dies bitte im Entwurf (s. 11/ 15) korrigieren.</p> <p><u>Abstandsregelungen</u> Vorfluter des Wasser- und Bodenverbandes Beveroe sind von der geplanten Maßnahmen unmittelbar nicht betroffen.</p> <p><u>Hydraulische Drosselung</u> Die Verbandsvorfluter des Wasser- und Bodenverbandes Beveroe werden zunehmend durch kurzzeitige Spitzenabflussereignisse, verursacht durch den zunehmenden Versiegelungsgrad, belastet. Sofern es zu einer nennenswerten Zunahme der versiegelten Fläche und einer dadurch bedingten höheren Einleitung von Niederschlagswasser in einen Vorfluter des Verbandes komm, ist ein Konzept zur Regenwasserbewirtschaftung vorzulegen und mit dem Wasser- und Bodenverband abzustimmen. In dieses Konzept ist auch die vorhandene Bebauung / Versiegelung einzubeziehen. Das vorhandene Regenrückhaltebecken mit der gedrosselten Ableitung des Niederschlagswassers erfüllt für die geringfügig erweiterte Versiegelung laut Planentwurf diese Vorgaben.</p> <p><u>Stoffliche Belastung</u> Bei jedweder Einleitung von Niederschlagswasser in einen Verbandsvorfluter ist sicher zu stellen, dass keine Nähr- und Schadstoffe in das Gewässer gelangen.</p>	<p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme der Vorhabenträger wird informiert.</p> <p>Kenntnisnahme der Vorhabenträger wird informiert.</p>
ASF 02.11.2021	Keine besonderen Anmerkungen Hinweis auf allgemeine Anforderungen zu Straßenmindestbreiten, Behälterstandplätzen	Kenntnisnahme
Schleswig-Holstein Netz AG 24.11.2021	In dem Planungsbereich liegt/liegen keine unserer Versorgungsleitungen. Die im angrenzenden Bereich befindlichen Versorgungslagen müssen berücksichtigt werden. Hinweis auf das Merkblatt „Schutz von Versorgungslagen bei Bauarbeiten“	Kenntnisnahme. Der Vorhabenträger wird informiert.
4. Nachbargemeinden		
Gemeinde Hasselberg 22.10.2021	Keine Bedenken	Kenntnisnahme

5. Landesplanung		
<p>Innenministerium Landesplanung 21.01.2022</p>	<p>... Zu dem Planungsvorhaben der Gemeinde Pommerby wird auf der Grundlage der vorgelegten Planunterlagen aus landes- und regionalplanerischer Sicht wie folgt Stellung genommen: Die im Zuge einer solchen Bauleitplanung maßgeblichen Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung ergeben sich insbesondere aus dem Landesentwicklungsplan (LEP Fortschreibung 2021) sowie dem Regionalplan für den Planungsraum V. Darüber hinaus sind die Teilfortschreibung des LEP 2010 Kapitel 4.51. (Windenergie an Land) sowie die Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I Kapitel 5.8 (Windenergie an Land) maßgeblich. Es wird bestätigt, dass Ziele der Raumordnung dem Planungsvorhaben der Gemeinde Pommerby nicht entgegenstehen. Diese Stellungnahme bezieht sich nur auf die Erfordernisse der Raumordnung und greift einer planungsrechtlichen Prüfung des Bauleitplanes nicht vor. Eine Aussage über die Förderungswürdigkeit einzelner Maßnahmen ist mit dieser landesplanerischen Stellungnahme nicht verbunden. Aus Sicht des Referates für Städtebau und Ortsplanung, Städtebau-recht sind derzeit keine weiteren Anmerkungen erforderlich.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
6. Öffentlichkeit		
<p>Anhörung am 19.04.2022</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Frage zur Zulässigkeit von Wohnmobilstellplätzen - Frage nach der erforderlichen Zahl an Stellplätzen - Frage nach Ausgestaltung des Mehrgenerationenspielplatzes 	<ul style="list-style-type: none"> - Die textlichen Festsetzungen werden so angepasst, dass die Zulässigkeit gegeben ist. - Die Zahl der Stellplätze wird anhand der Richtzahlentabelle für den Mindestbedarf an Stellplätzen ermittelt. Entscheidend ist die Größe des Verkaufsfläche sowie Anzahl der Sitzplätze - Vorhabenträger möchten Spielplatz auf ihrem Gelände einrichten. Seitens der Gemeinde wurde die Anlage einer öffentlich zugänglichen Bouleanlage angeregt. Dazu ist die weitergehende Abstimmung zwischen Gemeinde und Vorhabenträger erforderlich.

Bearbeitet: Camilla Grätsch, GR Zwo Planungsbüro, 11.05.2022



Gemeinde Pommerby

1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 2
 "Sonstiges Sondergebiet, Ferien auf dem Bauernhof Borsby"

Satzung / Begründung

Stand: Entwurf (Öffentliche Auslegung / Behördenbeteiligung, Mai 2022)



**PLANUNGSBÜRO
 FÜR STADT UND REGION**
 CAMILLA GRÄTSCH ■ SÖNKE GROTH GbR

BALLASTBRÜCKE 12 24937 FLENSBURG
 FON 0461/ 254 81 FAX 0461/ 263 48 INFO@GRZWO.DE

Gemeinde Pommerby 1. Änderung Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 “Sonstiges Sondergebiet Ferien auf dem Bauernhof Börsby“

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom folgende Satzung über die 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 2 “Sonstiges Sondergebiet Ferien auf dem Bauernhof Börsby“ bestehend aus dem Text und Vorhaben –und Erschließungsplan, erlassen:

Entwurf (11.05.2022)

Der Text Teil B der Satzung der Gemeinde Pommerby über den Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 für das Gebiet „sonstiges Sondergebiet Ferien auf dem Bauernhof Börsby“ (in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.09.2015) wird wie folgt geändert:

Festsetzung Nr. 1 wird wie folgt ergänzt:

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 11 Abs. 2 BauNVO)

Im westlich der Straße Börsby gelegen Teil des Teilgebiets 3 „Ferienwohnungen/ Landwirtschaft“ sind zudem folgende Nutzungen zulässig:

- Hofcafé mit Freisitz
- Hofladen
- 3 Wohnmobilstellplätze

Festsetzung Nr. 4 wird wie folgt ergänzt:

4. (Nicht) Überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 19 BauNVO)

Terrassen, Balkone für Wohnungen und Ferienwohnungen, Stellplätze für Wohnmobile sowie Freisitzflächen des Hofcafés mit einem Ausschankgebäude mit einer Grundfläche von max. 20 m² sind außerhalb der festgesetzten Baugrenzen zulässig.

Festsetzung Nr. 6 wird wie folgt geändert:

6. Grünfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Innerhalb der in der Planzeichnung festgesetzten privaten Grünflächen sind Nebengebäude zur Unterbringung von Fahrrädern, Gartengeräten und Müllbehältern bis zu einer maximalen Gesamtgrundfläche von 50 m² sowie **die Herrichtung von Spielflächen und das Aufstellen von Spielgeräten** zulässig.

Im Übrigen gelten die Festsetzungen des Bebauungsplanes VB Nr. 2 weiterhin.

Satzung der Gemeinde Pommerby über die 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan VB Nr. 2 „Sonstiges Sondergebiet Ferien auf dem Bauernhof Börsby“

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom folgende Satzung der Gemeinde Pommerby über die 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans VB Nr. 2 " „Sonstiges Sondergebiet Ferien auf dem Bauernhof Börsby", bestehend aus der Planzeichnung) sowie dem Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP), erlassen (Text der Satzung siehe gesondertes Dokument):

Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP)

Entwurf Stand: 11.05.2022

Vorhabensbeschreibung

Ferien auf dem Bauerhof Börsby

Der landwirtschaftliche Betrieb Börsby wird seit Generationen als Familienbetrieb geführt. Seit Jahrzehnten besteht das Standbein „Urlaub auf dem Bauernhof“. Die ursprüngliche Hofstelle wird durch das Wohngebäude sowie das U-förmig errichtet Wirtschaftsgebäude geprägt.

Mit dem im Jahr 2015 aufgestellten vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2 „Sonstiges Sondergebiet Ferien auf dem Bauernhof Börsby“ wurden die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung von Ferienhäusern im Süden der Hofstelle geschaffen. Errichtet wurden 5 Ferienhäuser, in den Bestandsgebäuden sind 5 Ferienwohnungen sowie ergänzende Freizeiteinrichtungen (z.B. Wellnessbereich, Spielscheune) vorhanden. Das Beherbergungsangebot umfasst insgesamt 52 Betten.

Zwischenzeitlich wurden Teile der Schweinemast im Mitteltrakt des Stallgebäudes aufgegeben. Die verbleibende Schweinehaltung soll auf den östlichen Gebäudetrakt sowie auf das Stallgebäude östlich der Straße Börsby beschränkt werden.

Der leerfallende Mitteltrakt des Wirtschaftsgebäudes soll zu einem Hofladen und Hofcafé umgenutzt werden. Der Hofladen soll der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus eigener Produktion und von landwirtschaftlichen Betrieben aus der Region dienen.

Hofladen und Hofcafé sollen ganzjährig betrieben werden. Die Öffnungszeiten werden je nach Bedarf saisonal angepasst werden.

Vorhaben

Das Plangebiet ist über die Gemeindestraße Börsby (Breede) an das öffentliche Straßennetz angebunden. Die Zufahrt besteht im Nordosten der Hofstelle. Hierüber erfolgt zukünftig auch die Erschließung von Hofladen/-café.

Geplant ist im ersten Schritt die Umnutzung des Erdgeschosses im Mitteltrakt. Vorgesehen ist ein Hofladen mit einem Verkaufsbereich von ca. 165 m² und Bewirtungsbereich von ca. 65 m². Dieser bietet Platz für ca. 30 Sitzplätze. Zusätzlich sind Lagerräume, Küche und Vorbereitungsraum sowie Sanitäreinrichtungen vorgesehen.

Direkt vor dem Laden- und Cafébereich sind Außensitzplätze (ca. 16 Sitzplätze) vorgesehen. Weitere Sitzplätze können je nach Bedarf im Gartencafé nördlich des Zufahrtsbereichs eingerichtet werden. Bei schönem Wetter soll der Ausschank hier konzentriert werden, so dass eine feste Station für die Bewirtung vorgesehen ist.

Westlich des Gebäudes wird eine Fläche für 3 Wohnmobilstellplätze hergerichtet. Die Nutzung von Sanitäranlagen und Wellnessbereich kann durch die Wohnmobilsten hinzugebucht werden.

Im Nordwesten des Plangebiets soll eine Spielfläche mit Spielgeräten hergerichtet werden. Angedacht ist die Einrichtung eines Schachbretts, einer Boulebahn sowie das Aufstellen von Schaukel, Klettergeräten und Sitzelementen.

Im zweiten Schritt ist die Umnutzung des Obergeschosses durch Einrichtung von Büro- und Sozialräumen sowie Gemeinschaftsräumen vorgesehen. Zusätzlich soll eine Mitarbeiterwohnung geschaffen werden. Im westlichen Teil des Gebäudes besteht Erweiterungsoption für Technik, Lager, Lebensmittelproduktion/-veredelung.

Die erforderliche Anzahl an Stellplätzen (11 Stellplätze) wird nördlich der Hofzufahrt eingerichtet. Bei Sonderveranstaltungen werden weitere Stellplätze nördlich der Stellplatzanlage bereitgestellt (ca. 15 Stellplätze).

Anlage
Grobkonzept
Lageplan Hofladen, Hofcafé
Grundriss EG

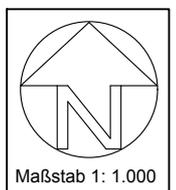
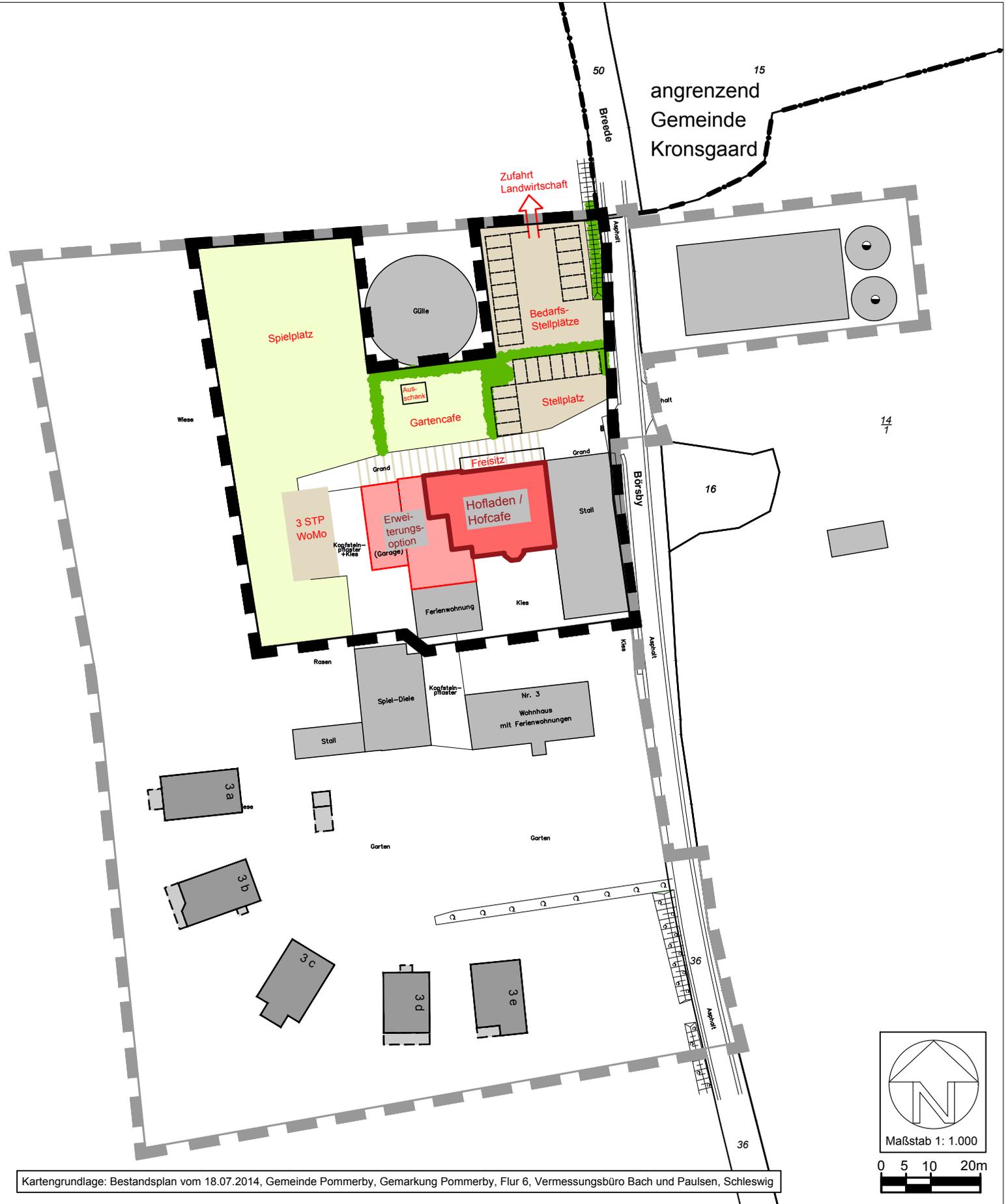
Gemeinde Pommerby:

1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes VB Nr. 2 "Ferien auf dem Bauernhof Börsby"

VEP / Grobkonzept

Stand: 06.05.2022

- Entwurf-



Maßstab 1: 1.000





BAUVORHABEN

Ferienhof Börsby

BAUORT

Börsby 3
24395 Pommerby
Gemarkung Pommerby
Flur 6 - Flurstück 42

PLANINHALT

Lageplan

M.: 1:500 / 28.04.2022

BAUHERR/-IN

Peter Arne Thomsen
Börsby 3
24395 Pommerby

ENTWURF und PLANUNG

Planungsbüro Schwensen
Entwerfen, Planen, Beraten

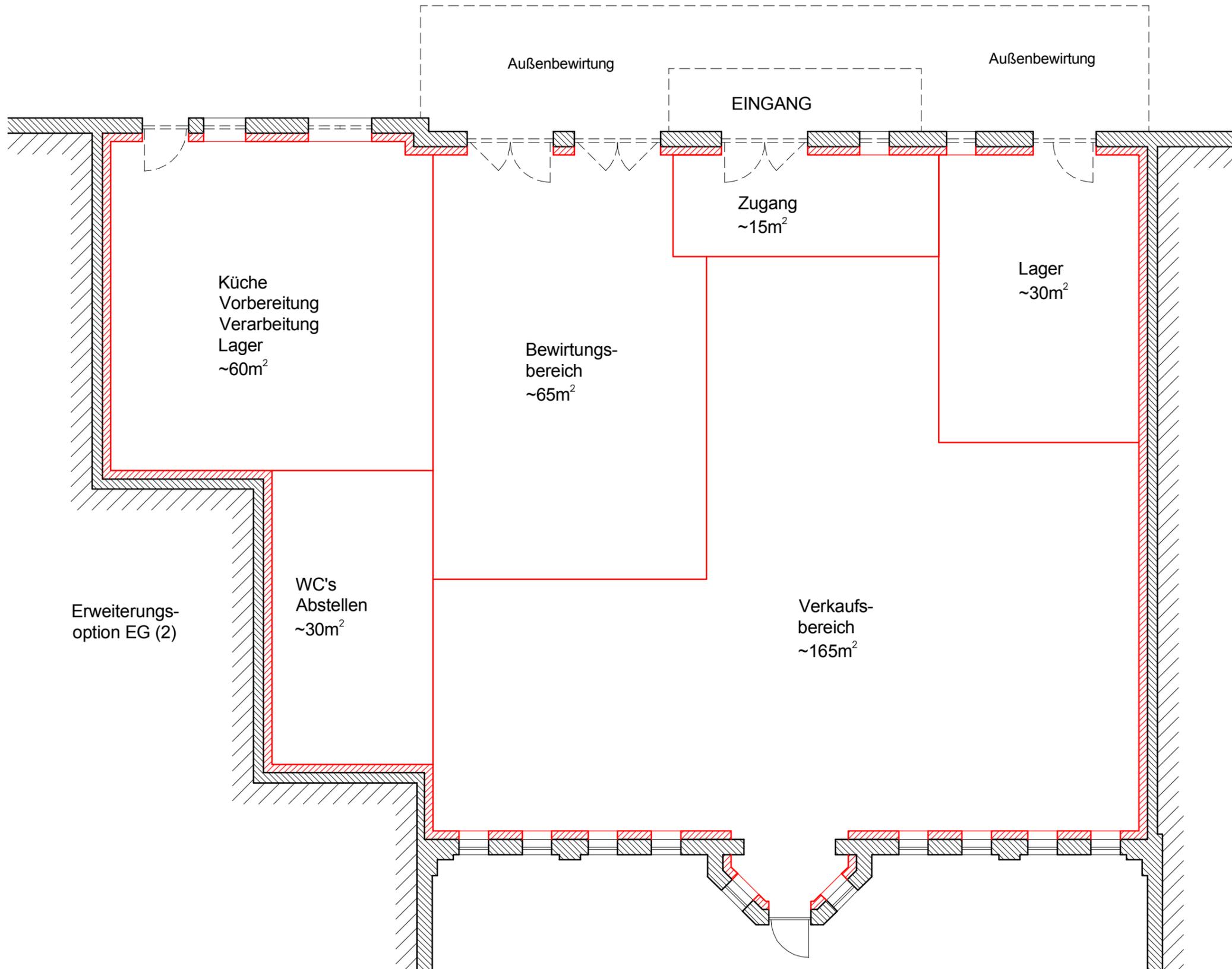
Bredegatter Straße 11 24972 Steinbergkirche
 Tel 0 46 32 - 8 72 02 Fax 0 46 32 - 8 72 03
 Mobil 01 71 - 6 15 16 61
 XPLAN@email.de

EG (1):
Zugang/Erschließung (von Norden)
Hofladen mit Vorbereitungs- und
Bewirtungsbereich
Cafe + Ladenbereich
Nebenräume + Lager
Küche mit Nebenräumen
Lebensmittel-Produktion
Lebensmittel-Veredelung
WC + Sozialräume

Erweiterung DG:
Erweiterung EG (1)
Büro/Verwaltung
und Sozialräume
Wohnen
Ferienwohnung
Mehrzweck und
Gemeinschaftsräume

Erweiterungsoption EG (2):
Erweiterung E (1)
Wohnen
Technik

Erweiterungsoption EG (3):
Nebenräume + Lager
Lebensmittel-Produktion
und -Veredelung



Grundriss EG (1)

EG (1):
Zugang/Erschließung (von Norden)
Hofladen mit Verarbeitungs- und
Bewirtungsbereich
Cafe + Ladenbereich
Nebenträume + Lager
Küche mit Nebenträumen
Lebensmittel-Produktion
Lebensmittel-Veredelung
WC + Sozialräume



BAUVORHABEN

Ferienhof Börby
EG (1)

BAUORT

Börby 3
24395 Pommerby
Gemarkung Pommerby
Flur 6 Flurstück 42

PLANINHALT

Grundriss EG (1)

M.: 1:100 / 28.04.2022

BAUHERR/-IN

Peter Arne Thomsen
Börby 3
24395 Pommerby

ENTWURF und PLANUNG

Planungsbüro Schwensen
Entwerfen, Planen, Beraten

Bredegatter Straße 11 24972 Steinbergkirche
Tel 0 46 32 - 8 72 02 Fax 0 46 32 - 8 72 03
Mobil 01 71 - 6 15 16 61
XPLAN@email.de

- Entwurf -
Planung 2022
- VORABZUG -
28.04.2022

0 Lage und Umfang des Plangebietes

Das Plangebiet liegt im Süden der Gemeinde Pommerby, in direkter Nachbarschaft zur Gemeinde Kronsgaard. Über die östlich der Hofstelle angrenzende Straße Børsby ist die direkte Anbindung an die B 199 (Nordstraße) gegeben. Der Geltungsbereich umfasst Teile des Flurstücks 44, Flur 6, Gemarkung Pommerby und weist eine Fläche von ca. 5.650 m² auf.

Abb. 1: Luftbild der Hofstelle Børsby



Quelle: GDI-SH, Digitaler Atlas Nord (2021); o.M.

1 Planungserfordernis – Entwicklung der Planung

Der landwirtschaftliche Betrieb Børsby wird seit Generationen als Familienbetrieb geführt. So besteht auch bereits seit Jahrzehnten das Standbein Urlaub auf dem Bauernhof. Die ursprüngliche Hofstelle wird durch das Wohngebäude sowie das aus gelbem Backstein in U-Form errichtete Wirtschaftsgebäude geprägt.



Foto 1: Südansicht Mitteltrakt



Foto 2: Spielscheune / Südseite Westflügel



Foto 3: Westflügel Westansicht



Foto 4: Nordansicht

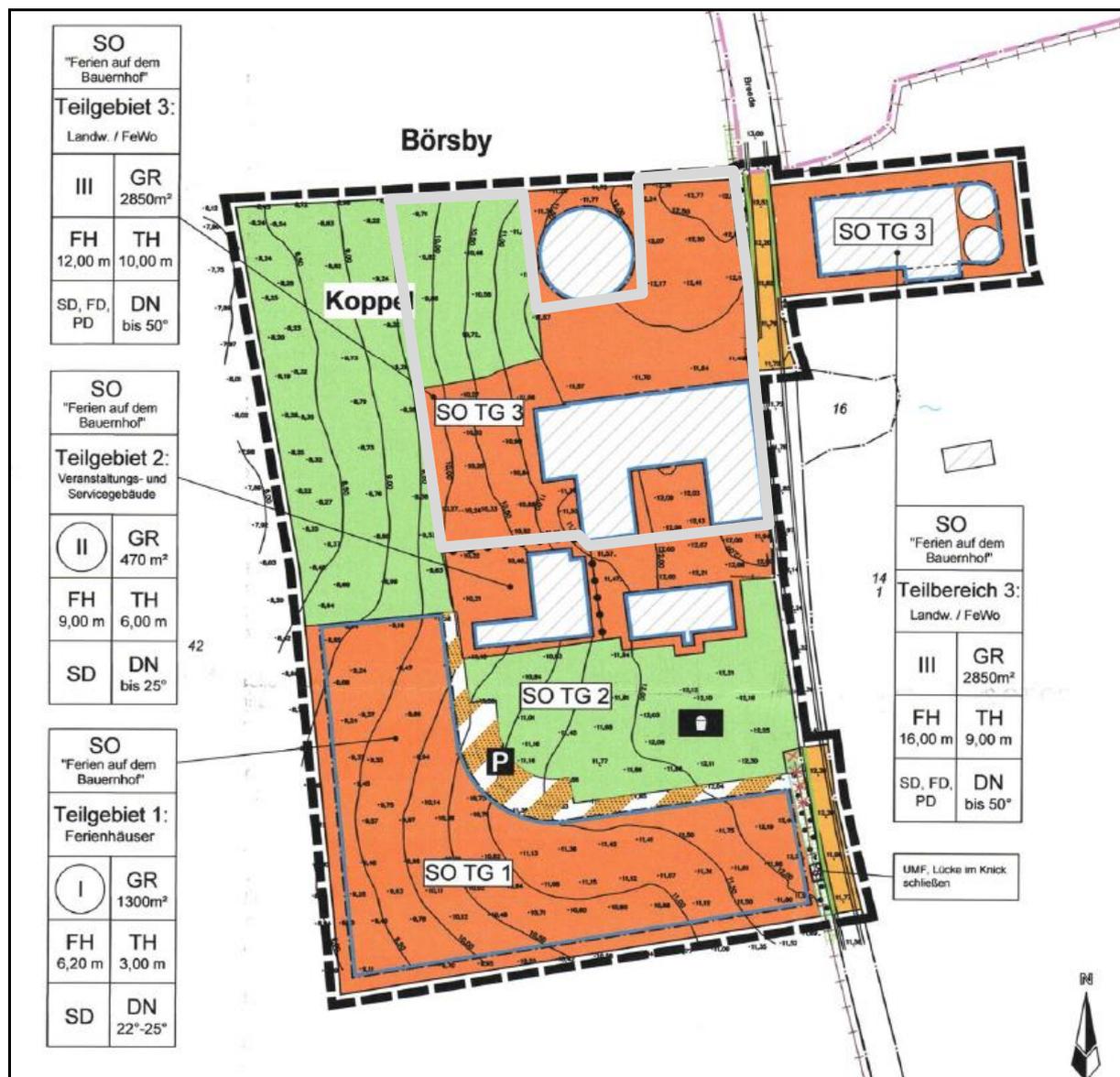
Im Jahr 2015 wurde der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 2 „Sonstiges Sondergebiet Ferien auf dem Bauernhof Börsby“ aufgestellt. Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan wurden die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung von 6 Ferienhäusern geschaffen (Teilgebiet 1).

Insgesamt bestehen auf der Hofanlage 5 Ferienwohnungen, 5 Ferienhäuser sowie ergänzende Freizeiteinrichtungen (z.B. Wellnessbereich, Spielscheune, Spielplatz, Reitanlage).¹

Mit der Errichtung der Ferienhäuser wurde das Standbein Ferien auf dem Bauernhof gestärkt. Das Beherbergungsangebot umfasst insgesamt 52 Betten.

¹ Zu den Angeboten siehe auch www.boersby.de.

Abb. 2: Planzeichnung – Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 der Gemeinde Pommerby



Zwischenzeitlich wurden Teile der Schweinemast in den historischen Stallgebäuden aufgegeben. Die verbleibende Schweinehaltung soll auf den östlichen Gebäudetrakt beschränkt werden und der Stall gemäß Tierwohl-Vorgaben umgerüstet werden.

Im westlichen Teil des Wirtschaftsgebäudes sind bereits Ferienwohnungen untergebracht.

Der nun leerfallende Bereich des West- und Mitteltraktes des Wirtschaftsgebäudes soll zu einem Hofladen und Hofcafé umgenutzt werden. Der Hofladen soll der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus eigener Produktion und von landwirtschaftlichen Betrieben aus der Region dienen. Das Entwicklungskonzept umfasst neben der Einrichtung des Einzelhandelsbetriebes „Hofladen“ auch die Nutzung als Hofcafé. Die Nachnutzung des Scheunengebäudes umfasst weiterhin Räumlichkeiten für die Verwaltung (Büroräume) sowie für Hofladen und Hofcafé notwendige ergänzende Räume und Flächen wie Küche, Produktion, Lagerung, Personalräume und Sanitäranlagen. Außerdem ist im Obergeschoss des Ge-

bäudes betriebsbezogener Wohnraum vorgesehen. Zur Regelung des ruhenden Verkehrs werden im straßenseitigen Bereich Stellplatzflächen angeordnet.

Die nun vorgesehene Weiterentwicklung des Ferienhofes Börsby kann nicht auf der Grundlage des geltenden Bebauungsplanes realisiert werden.

Somit ist das Planungserfordernis für die Änderung des Bebauungsplanes geweckt, um auf diesem Wege die bauliche Entwicklung in diesem Bereich in geordneter und verträglicher Weise in die gegebene städtebauliche und landschaftliche Situation einzufügen und damit die planungsrechtliche Genehmigungsgrundlage zu schaffen.

Da hiermit die planungsrechtliche Grundlage für ein konkretes Vorhaben geschaffen werden soll, wird auf das Instrument des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nach § 12 BauGB zurückgegriffen. Der Vorhaben- und Erschließungsplan als Bestandteil des Bebauungsplanes umschreibt dabei konkret das Projekt, im Durchführungsvertrag werden die Modalitäten hinsichtlich der Durchführung geregelt; der Bebauungsplan setzt den planungsrechtlichen Rahmen für die Zulässigkeit des Projekts.

Bebauungspläne sind regelmäßig aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln (§ 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB).

In der Gemeinde Pommerby sind bislang drei Angebots-Bebauungspläne sowie zwei vorhabenbezogene Bebauungspläne aufgestellt worden:

- Bebauungsplan Nr. 1 aus dem Jahr 1968 für den Bereich östlich von Langfeld wurde nicht realisiert; es handelt sich um einen Nummernplan
- Bebauungsplan Nr. 2 „Campingplätze Gammeldamm und Seehof“ (Rechtskraft 1987) ordnet die städtebauliche Entwicklung im Bereich der Campingplätze. Er wurde bereits 3-mal geändert, eine Änderung des Geltungsbereichs erfolgte nicht.
- Bebauungsplan Nr. 3 „Bäckerberg“ (Rechtskraft 1993) gilt für einen Bereich von vier Baugrundstücken für Einfamilien- und Doppelhäusern nördlich der Straße „Bäckerberg“ im Ortsteil Pommerby
- Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1 „Biogasanlage“ im Bereich Niedamm
- Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 „Sondergebiet Ferienhausgebiet Börsby“
- Die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 „Café Sibbeskjaer“ wurde nicht zum Abschluss gebracht.

Die Gemeinde Pommerby verfügt über keinen Flächennutzungsplan. Die vorliegende Planung hat nur geringfügige Auswirkungen auf das bestehende Siedlungsgefüge. Die Gemeinde sieht daher aus dieser Planung heraus kein Erfordernis, einen Flächennutzungsplan aufzustellen.

Bei der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan VB Nr. 2 „Ferienhof Börsby“ handelt sich somit um einen selbständigen Bebauungsplan (§ 8 Abs. 2 BauGB). Die städtebauliche Entwicklung wird durch den Bebauungsplan ausreichend geordnet.

Der selbständige Bebauungsplan bedarf gemäß § 10 Abs. 2 BauGB der Genehmigung durch den Landrat (Kreis Schleswig-Flensburg).

2 Übergeordnete Planungen

Landesentwicklungsplan 2010 (LEP)

Die Gemeinde Pommerby liegt im ländlichen Raum, in der Nähe des ländlichen Zentralortes Gelting. Der von dieser Planung betroffene südliche Teil des Gemeindegebiets liegt im Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung. Der Küstenbereich des Gemeindegebiets ist dem Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung „Gelting – Maasholm – Kappeln - Waabs“ zuzurechnen.²

Regionalplan

Das Plangebiet liegt im Planungsraum I (ehemals Planungsraum V). Es gilt der Regionalplan für den ehemaligen Planungsraum V der Gesamtfortschreibung 2000.³

Danach liegt die Gemeinde Pommerby im ländlichen Raum im Nahbereich des ländlichen Zentralortes Gelting. Der Geltungsbereich liegt innerhalb eines Gebietes mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung.

Flächennutzungsplan und Landschaftsplan

Die Gemeinde Pommerby verfügt weder über einen Flächennutzungsplan noch über einen Landschaftsplan.

Masterplan Tourismus

Im Jahr 2015 wurde für das Amt Geltinger Bucht der Masterplan Tourismus erarbeitet. Im Rahmen des Masterplans erfolgte die detaillierte Bestandsaufnahme der touristischen Daten, sowie der touristischen Infrastruktur. Es erfolgte die Bewertung des Raumes nach tourismusbezogenen Kriterien und die Bildung von Raumkategorien zur Entwicklung.

Die Gemeinde Pommerby zählt zu den Gemeinden mit einer hohen Tourismusintensität. Im Jahr 2019 wies die amtliche Statistik für die Gemeinde 6 Beherbergungsstätten mit insgesamt 184 Betten aus. Für Betriebe mit 10 und mehr Betten betrug die Zahl der Übernachtungen 21.393⁴. Mit der amtlichen Statistik werden Kleinanbieter nicht erfasst. Die beim Amt Geltinger Bucht gemeldete Bettenzahl betrug im Jahr 2020 278 Betten, so dass die tatsächliche Zahl der Übernachtungen weitaus höher ist als die Zahl der amtlichen Statistik aufzeigt.

² Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein: Fortschreibung Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein . 2. Entwurf (2020), Kap. 4.7.2

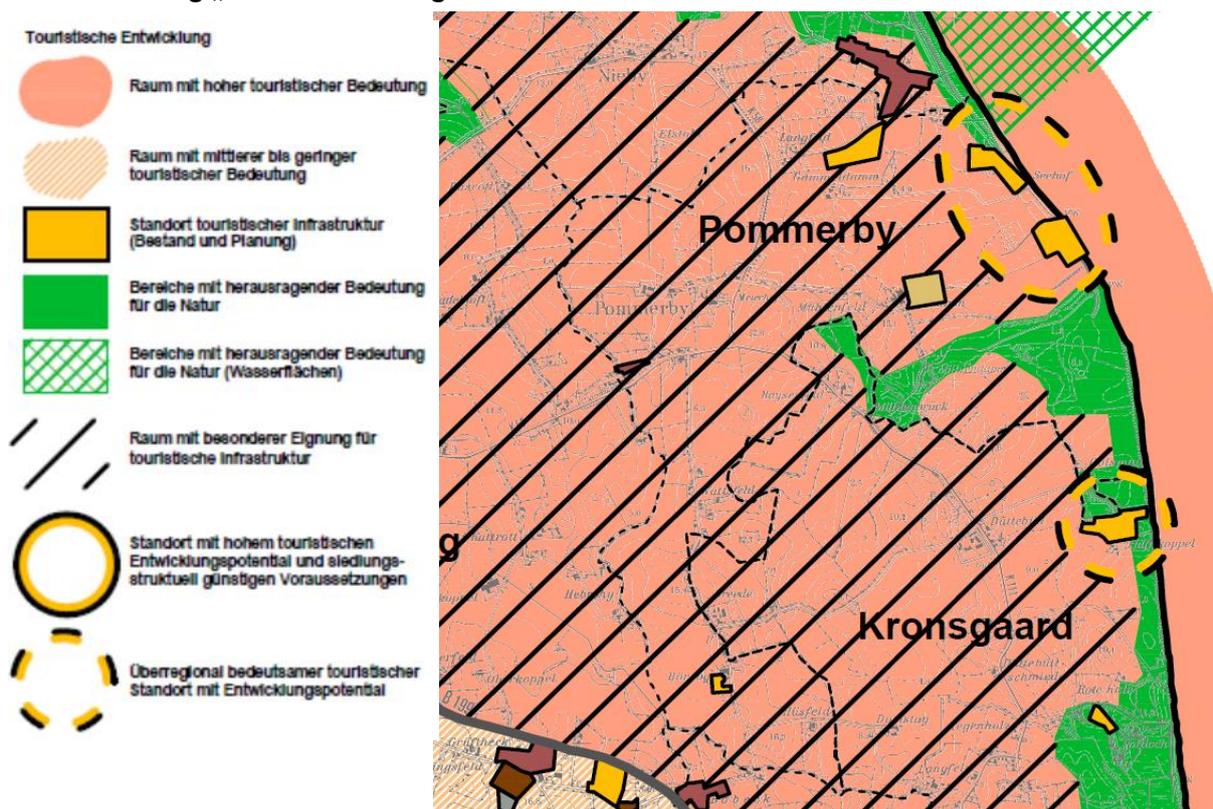
³ Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein Regionalplan für den Planungsraum V (Neufassung 2002)

⁴ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Statistikamt Nord): Beherbergung im Reiseverkehr 2019; Im Jahr 2020 waren 6 Betriebe mit insgesamt 196 Betten verzeichnet.

Die Gemeinde Pommerby wird im Masterplan dem Raum mit besonderer Eignung zur Entwicklung der touristischen Infrastruktur zugerechnet.

Die Hofanlage ist bereits als Bereich mit touristischer Infrastruktur gekennzeichnet. Diese Bereiche sollen auch für die Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur von besonderer Bedeutung sein. Dazu zählt auch die Versorgung der Besucher durch gastronomische Einrichtungen. Die zunehmende Zahl an Ferienwohnungen in der Region erfordert zudem ein gutes Nahversorgungsangebot.

Abb. 3: Auszug „Plan Entwicklung der touristischen Infrastruktur“



Quelle: Planungsgruppe Plewa - Masterplan Tourismus Amt Geltinger Bucht (2015)

3 Planungskonzept, Ziele und Inhalte der Planung

Auf der Hofstelle „Börsby“ wird mit 5 Ferienwohnungen, 5 Ferienhäusern und ergänzenden Freizeiteinrichtungen, Urlaub auf dem Bauernhof angeboten.

Die Schweinehaltung soll aufgrund der veränderten Marktbedingungen reduziert werden. Aus diesem Grund wird der westliche Teil des auf der Hofstelle gelegenen Wirtschaftsgebäudes leerfallen und soll einer neuen Nutzung zugeführt werden. Vorgesehen ist die Einrichtung eines Hofladens und eines Hofcafés mit Cafégarten. Im Obergeschoss sind ergänzend Mehrzweckräume für Veranstaltungen (z.B. Märkte, Seminare) und betriebsbezogenes Wohnen vorgesehen (vgl. anliegender Plan Grobkonzept).

Im Rahmen des gemeindeübergreifenden Ortskernentwicklungskonzeptes für die Gemeinden Hasselberg, Kronsgaard, Nieby und Pommerby⁵ wurde herausgearbeitet, dass das Versorgungsangebot der gestiegenen touristischen Bedeutung der Region nicht gerecht wird. Es fehlen Verkaufsstellen für regionale Produkte und gastronomische Angebote, die Touristen und Naherholungssuchende versorgen.

Vorgesehen ist die Einrichtung eines Ladengeschäfts zur Vermarktung eigener Produkte (z.B. Fleisch vom Schwein, Galloway oder Wild und zugekaufte Produkte aus der Region wie Gemüse, Eier, Milchprodukte, Backwaren). Der Verkaufsbereich umfasst ca. 165 m². Zudem soll im Erdgeschoss ein Café eingerichtet werden. Der Bewirtungsbereich umfasst ca. 65 m² und bietet Platz für ca. 30 Sitzplätze. Im ersten Schritt soll der Fokus auf der Realisierung von Laden und Café im zentralen Gebäudetrakt liegen.

Zur Erweiterung steht das Obergeschoss zur Verfügung. Hier ist die Einrichtung von betriebsbezogenem Büro, Sozialräumen, betriebsbezogenen Mehrzweckräumen für Veranstaltungen (z.B. Seminare, Märkte, Feiern) sowie betriebsbezogenes Wohnen, ggf. Ferienwohnen vorgesehen. Im westlichen Teil des Erdgeschosses sind zusätzliche Erweiterungsoptionen gegeben. Diese sollen als Technikraum, Nebenräume der Lebensmittelproduktion und Lager genutzt werden, ggf. soll im südlichen Teil eine Wohnung eingerichtet werden.

Die Umnutzung des bestehenden Gebäudes soll durch behutsame Veränderungen der Fassade erfolgen. An der nördlichen Fassade ist entsprechend der vorgesehenen Nutzung mit Laden und Café der Einbau größerer Fensterelemente geplant.

Im Eingangsbereich am Gebäude ist ein Freisitz (ca. 16 Sitzplätze) geplant. Nördlich der Hofzufahrt soll ein Cafégarten mit Ausschankanlage angelegt werden, in dem nach Bedarf weitere Sitzplätze eingerichtet werden können. Westlich des Cafégartens ist die Einrichtung einer Spielfläche vorgesehen. Diese Fläche kann von Feriengästen und Kunden der Versorgungseinrichtungen genutzt werden. Zudem ist die Einrichtung von Stellplätzen für die Besucher von Café und Hofladen geplant. Direkt im Zufahrtsbereich wird eine Stellplatzanlage mit 11 Stellplätzen eingerichtet. Weitere Stellplätze stehen auf der nördlich angrenzenden Fläche zur Verfügung (ca. 15 Stellplätze).

Darüber hinaus soll auf der Hoffläche westlich des Hauptgebäudes Platz für 3 Wohnmobilstellplätze vorgesehen werden.

⁵ GRZwo Planungsbüro: OEK für die Gemeinden Hasselberg, Kronsgaard, Nieby, Pommerby (August 2021)

Die Gemeinde Pommerby möchte mit dieser Planung die Verbesserung des Versorgungsangebots und damit auch die infrastrukturelle Ausstattung der Tourismusregion voranbringen.

Die Nutzungsänderungen beschränken sich auf den westlichen Teil des Sondergebiets Teilgebiet 3 und die westlich angrenzende Grünfläche. Änderungen der Festsetzungen sind lediglich für das Teilgebiet 3 erforderlich. Weitere Festlegungen ergeben sich aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan sowie aus der Anpassung des Durchführungsvertrags.

Nachfolgend sind die nach aktuellem Planungsstand vorgesehenen Änderungen der Festsetzungen und sonstigen Regelungen des Bebauungsplanes beschrieben:

Art der baulichen und sonstigen Nutzung

Das im Ursprungsbebauungsplan nach § 11 BauNVO festgesetzte Sondergebiet „Ferien auf dem Bauernhof“ wird bezüglich des Zulässigkeitskatalogs für Teilgebiet 3 entsprechend der planerischen Zielsetzung um die Nutzungen Hofladen und Hofcafé erweitert.

Eine Anpassung der Zweckbestimmung des Sonstigen Sondergebiets „Ferien auf dem Bauernhof“ ist nicht erforderlich, da es sich bei Hofcafé und Hofladen um mitgezogene Nutzungen des landwirtschaftlichen Betriebs handelt.

Die Stellplatzanlagen der Hofanlagen sollen auch durch Wohnmobile (bis zu 3 Fahrzeuge) genutzt werden können.

Die zulässige Nutzung ist gemäß Festsetzung Nr. 9 des Ursprungsbebauungsplanes nach § 12 Abs. 3a BauGB an den Durchführungsvertrag gebunden.

Durch Festsetzung Nr. 6 des Ursprungsbebauungsplanes ist geregelt, dass innerhalb der privaten Grünflächen Spielflächen zulässig sind. Dies bedeutet, dass auch innerhalb der privaten Grünfläche mit der Zweckbestimmung Koppel die Anlage von Spielflächen zulässig ist. Die Einrichtung der zusätzlichen Spielfläche ist somit bereits durch die geltenden Festsetzungen abgedeckt. Zur Klarstellung wird festgesetzt, dass die Herrichtung von Spielflächen und das Aufstellen von Spielgeräten zulässig sind.

Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung ist im Ursprungsbebauungsplan durch Festsetzung der maximal zulässigen Grundfläche geregelt. Für das SO Teilgebiet 3 (TG 3) ist eine Grundfläche (GR) von 2.850 m² festgesetzt. Die mit dem Ursprungsplan festgesetzte Grundfläche ist aus den Bestandgebäuden der Hauptnutzungen abgeleitet:

Im westlichen Teil von TG 3	
Wohnhaus	286 m ²
Stallgebäude	1.019 m ²
Gebäudeteil Ferienwohnen	132 m ²
Güllebehälter	401 m ²
	1.838 m²
Im östlichen Teil von TG 3	
Halle	607 m ²
Silotürme	130 m ²
	737 m²
Gesamtfläche Gebäudebestand	2.575 m²

Es besteht daher für die Hauptnutzungen noch ein Entwicklungsspielraum von 275 m² bezogen auf die bisher festgesetzte Grundfläche, was die Anlage eines Gartencafés ermöglicht.

Gemäß der Festsetzung Nr. 2.1 „*darf die Gesamtgrundfläche der Gebäude einschließlich der dazu gehörigen Terrassenflächen, die in den Nutzungsschablonen der Planzeichnung festgesetzten maximalen Werte nicht überschreiten.*“ Damit wird deutlich, dass sich die festgesetzte maximal zulässige Grundfläche allein auf die Hauptnutzung bezieht und somit die Überschreitung der zulässigen Grundfläche nach § 19 Abs. 4 BauNVO für Garagen und Stellplätze mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des § 14 sowie bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche um bis zu 50 % überschritten werden darf.

Die vorgesehene Stellplatzanlage fügt sich somit in das durch den Ursprungsplan festgesetzte Maß der baulichen Nutzung ein.

Bauweise / überbaubare Grundstücksfläche

Die Festsetzung der überbaubaren Grundstücksfläche durch Baugrenzen ist im Teilgebiet 3 eng aus dem vorhandenen Gebäudebestand abgeleitet.

Da es sich um orts- und landschaftsbildprägende Gebäude handelt, sollen nur geringfügige Änderungen vorgenommen werden. Die bestandsbezogenen Baugrenzen werden beibehalten. Es wird zusätzlich eine Festsetzung aufgenommen, die Terrassen, Balkone von Wohnungen, Ferienwohnungen und auch Freisitze für das Gartencafé außerhalb der Baugrenzen zulässt.

Ergänzt wird die Festsetzung um die Zulässigkeit für einen Ausschank mit einer maximalen Größe von 20 m².

Bedingtes Baurecht

Entsprechend § 12 Abs. 3 a BauGB und § 9 Abs. 2 BauGB sind im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet. Für die neu geplanten Vorhaben ist der Durchführungsvertrag entsprechend anzupassen.

Durchführungsvertrag

Mit dem Durchführungsvertrag sollen folgende planergänzende Regelungen getroffen werden. Regelungsbedarf wird derzeit insbesondere hinsichtlich folgender Punkte gesehen:

- Kostentragung (für das Verfahren, die Umsetzung des Vorhabens, Folgekosten)
- Bindung an den geänderten Vorhaben- und Erschließungsplan
- Festlegung von Durchführungsfristen
- Weitergabeverpflichtung

4 Nachrichtliche Übernahmen und Vermerke

Knick, Feldhecke

Im Nordosten der Hofstelle verläuft ein Knick entlang der Straße Breede/Börsby. Dieser wurde bereits in den Ursprungsplan als bestehender Knick nachrichtlich übernommen. Durch diese Planänderung wird der Knick nicht berührt.

Der Gebäudebestand des Ferienhofes Börsby ist von Flächen des archäologischen Interessensgebiets umgeben. Die für die Umnutzung relevanten Bereiche liegen außerhalb des Interessensgebiets.

Abb. 4: Archäologisches Interessengebiet



Quelle: Auszug „Archäologischer Atlas Schleswig-Holstein“ (Zugriff 28.07.2021)

5 Immissionsschutz

Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2 „Sonstiges Sondergebiet 'Ferien auf dem Bauernhof' wurde eine Immissionsschutz-Stellungnahme erarbeitet.⁶

Berücksichtigt wurden die Tierhaltungen auf dem Hof Börsby (Betrieb Thomsen, Schweinehaltung) und auf dem Hof Breede (Betrieb Vollmer, Rinderhaltung).

Ermittelt wurden die bei dem damaligen Tierbestand zu erwartenden belästigungsrelevanten Jahreshäufigkeiten. Da es sich um die Entwicklung einer touristischen Nutzung als Standbein eines landwirtschaftlichen Betriebes handelt, wurden zur Bewertung die Anforderungen eines Dorfgebietes (MD- Belastung bis zu 15 % Jahresstunden) herangezogen.

Die Berechnung kam zu dem Ergebnis, dass für den Bereich der Ferienhäuser die belästigungsrelevante Kenngröße von 0,15 eingehalten wird. Dies gilt auch für das Wohngebäude mit Ferienwohnungen. Bei weiterer Reduzierung des Tierbestandes auf der Hofstelle ist mit einer Senkung der Geruchsstunden in den an die Stallgebäude angrenzenden Bereichen zu rechnen. Ein Konflikt zwischen landwirtschaftlicher Nutzung und den geplanten Nutzungsergänzungen ist nicht zu erkennen.

6 Erschließung

Verkehr

Die verkehrliche Erschließung erfolgt über Straße Börsby (Breede auf dem Gebiet der Gemeinde Kronsgaard). Eine Änderung der beiden bestehenden Zufahrten im Norden und Süden der Hofstelle ist nicht geplant.

Ver- und Entsorgung

Die Versorgung mit Wasser, Strom und Telekommunikation ist auf der Hofstelle bereits gegeben. Die Versorgung mit Trinkwasser erfolgt durch den Wasserzweckverband Ostangeln.

Schmutzwasser

Das Schmutzwasser wird der vorhandenen Kleinkläranlage zugeführt und dort einer Klärung unterzogen. Die Untere Wasserbehörde des Kreises Schleswig-Flensburg⁷ weist daraufhin, dass im Rahmen des Bauantragsverfahrens eine Auflistung der an die Kleinkläranlage zukünftig angeschlossenen Wohneinheiten und Einwohnergleichwerte zu erfolgen hat.

Regenwasser/Oberflächenwasser

Der Geltungsbereich liegt im Bereich des Wasser- und Bodenverbandes Geltinger Stenderuper Au. Grenze des Zuständigkeitsbereichs ist die Gemeindestraße Börsby. Da das Oberflä-

⁶ Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein: Immissionsschutz-Stellungnahme (26.06.2014)

⁷ Stellungnahme des Kreises Schleswig-Flensburg vom 29.11.2021

chenwasser nur gedrosselt zugeführt werden darf, wird dieses zunächst in einem Regenrückhaltebecken (östlich der Straße Börsby) gesammelt. Die östlich der Straße gelegene Regenrückhaltung liegt im Zuständigkeitsbereich des Wasser- und Bodenverbandes Beveroe, so dass das Wasser aus der Regenrückhaltung der Vorflut des Wasser- und Bodenverbandes Beveroe zugeführt wird.

Die untere Wasserbehörde⁸ weist daraufhin, dass im nächsten Bauantrag / Antrag Nutzungsänderung die Oberflächenentwässerung der Hoflage bis zur Einleitung in die Verbandsleitung darzustellen ist.

Abfall

Die Abfallentsorgung erfolgt über die ASF, Kreis Schleswig-Flensburg. An den Abfuhrtagen werden die Behälter in den Zufahrtbereich an der öffentlichen Verkehrsfläche verbracht.

Das Erfordernis ergänzender Erschließungsmaßnahmen, die im Rahmen der Bauleitplanung zu regeln wären, ist nach heutigem Kenntnisstand nicht gegeben.

⁸ Stellungnahme des Kreises Schleswig-Flensburg vom 29.11.2021

7 Umwelt⁹

Zu dem Bebauungsplan ist gemäß § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt worden. Im Umweltbericht (siehe nachfolgende Ziffer) sind die dort ermittelten Belange des Umweltschutzes und die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen beschrieben und bewertet. Die Auswirkungen der Planung auf die Belange von Natur und Landschaft, insbesondere hinsichtlich der Bilanzierung von Eingriffen und gegebenenfalls daraus resultierender Ausgleichserfordernisse, sind dabei vertieft untersucht worden.

8 Umweltbericht

8.1 Einleitung

Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bauleitplans

Der landwirtschaftliche Betrieb Börsby bietet bereits seit Jahrzehnten Urlaub auf dem Bauernhof an. Im Jahr 2015 wurde der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 2 „Sonstiges Sondergebiet Ferien auf dem Bauernhof Börsby“ aufgestellt. Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan wurden die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Schaffung von 6 Ferienhäusern geschaffen (Teilgebiet 1).

Derzeit sind auf der Hofanlage 5 Ferienwohnungen und 5 Ferienhäuser mit insgesamt 52 Betten sowie ergänzende Freizeiteinrichtungen vorhanden.

Im westlichen Teil des historischen u-förmigen Wirtschaftsgebäudes sind bereits Ferienwohnungen untergebracht. Da mittlerweile Teile der Schweinezucht aufgegeben wurden und sich diese zukünftig auf den östlichen Gebäudetrakt beschränken wird, soll der nun leerfallende Bereich des West- und Mitteltraktes des Wirtschaftsgebäudes umgenutzt werden.

Im ersten Schritt ist die Umnutzung des Erdgeschosses im Mitteltrakt vorgesehen (Hofladen, Bewirtungsbereich, Lagerräume, Küche, Sanitäranlagen).

Im Eingangsbereich am Gebäude ist ein Freisitz (ca. 16 Sitzplätze) geplant und nördlich der Hofzufahrt soll ein Cafégarten mit Ausschankanlage angelegt werden. Westlich des Cafégartens ist die Einrichtung einer Spielfläche vorgesehen. Zudem ist die Einrichtung von Stellplätzen für die Besucher von Café und Hofladen geplant.

In einem zweiten Schritt sollen im Obergeschoss des Wirtschaftsgebäudes Büro- und Sozialräume, Gemeinschaftsräume sowie eine Mitarbeiterwohnung geschaffen werden.

⁹ Das Kapitel Umwelt wird durch das Büro Naturaconcept, Dipl.-Ing- Alke Buck, Sterup bearbeitet.

Darstellung der in Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes sowie deren Berücksichtigung bei der Planaufstellung

Fachgesetze

Baugesetzbuch (BauGB)
<p>Bauleitpläne sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln.</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Für die Belange des Umweltschutzes wurde eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in dem hier vorliegenden Umweltbericht gemäß Anlage 1 BauGB beschrieben und bewertet wurden.</i>
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)
<p>Ziel ist der allgemeine Schutz von Natur und Landschaft, sowie der Schutz von wild lebenden Tier- und Pflanzenarten, ihrer Lebensstätten und Biotope. Sind Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten, ist über die Vermeidung, die Minimierung und den Ausgleich über das Verfahren des Baugesetzbuches zu entscheiden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Im Plangebiet erfolgte eine Bestandsaufnahme der Biotopausstattung. Es wurden Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung festgesetzt. Ausgleichsmaßnahmen sind nicht erforderlich (s. E+A-Bilanz).</i> <p>§ 44 BNatSchG: Vorschriften für besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten (Artenschutz)</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Im Rahmen des Umweltberichtes erfolgte eine Relevanzprüfung sowie die Prüfung des Eintretens von Verbotstatbeständen auf Artengruppen-Niveau</i>
Bundes-Bodenschutzgesetz
<p>Nachhaltige Sicherung oder Wiederherstellung der Funktionen des Bodens; Abwehr schädlicher Bodenveränderungen; Sanierung von Boden und Altlasten; Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Für die neuen Stellplätze ist eine wassergebundene Decke (Teilversiegelung) vorgesehen.</i>
Erlass über die Berücksichtigung von Flächen mit Bodenbelastungen, insbesondere Altlasten, in der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren (Altlastenerlass)
<p>Es ist Aufgabe der Gemeinde, die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung (§ 1 Abs. 6 Nummer 1 BauGB) bzw. die öffentliche Sicherheit, insbesondere Leben und Gesundheit (§ 3 Abs. 2 LBO), zu gewährleisten.</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Im Plangebiet sind keine Altlasten vorhanden (s. Schutzgut Boden)</i>
Wasserhaushaltsgesetz in Verbindung mit dem Wassergesetz des Landes Schleswig-Holstein Erlass zum landesweiten Umgang mit Regenwasser in Neubaugebieten in Schleswig-Holstein
<p>Ziel ist es, durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung die Gewässer (oberirdische Gewässer, Küstengewässer, Grundwasser) als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen. Der Erlass zum Umgang mit Regenwasser soll primär in Neubaugebieten Anwendung finden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Für die neuen Stellplätze ist eine wassergebundene Decke (Teilversiegelung) vorgesehen.</i>
Bundes-Immissionsschutzgesetz in Verbindung mit TA Luft, TA Lärm Erlass „Feststellung und Beurteilung von Geruchsmissionen in Schleswig-Holstein (Geruchsmissions-Richtlinie GIRL)
<p>Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie von Kultur- und sonstigen Sachgütern vor schädlichen Umwelteinwirkungen. Im Mittelpunkt steht die Vermeidung und Verminderung schädlicher Umwelteinwirkungen durch Emissionen in Luft, Wasser und Boden unter Einbeziehung der Abfallwirtschaft.</p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Für den Ursprungs-Bebauungsplanes wurde bereits eine Immissionsschutzstellungnahme zur Untersuchung der Geruchsmissionen im Bereich der Ferienhäuser und Ferienwohnungen durch Schweinehaltung erarbeitet.</i>

Fachpläne

Gemäß **Landschaftsrahmenplan** für den Planungsraum I (2020) liegt das Plangebiet in einem Gebiet mit besonderer Erholungseignung sowie in einem Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet erfüllt.

Die Gemeinde Pommerby verfügt nicht über einen **Landschaftsplan**.

Im **Landesentwicklungsplan** Schleswig-Holstein (2021) liegt das Plangebiet in einem Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung.

Im **Regionalplan** für den Planungsraum V (2002) liegt das Plangebiet in einem „Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft“ und in einem Gebiet mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung“.

Die Gemeinde Pommerby verfügt nicht über einen **Flächennutzungsplan**.

Es befinden sich keine Flächen des landesweiten **Biotopverbundsystems** in der Nähe des Plangebietes.

Die Aussagen der übergeordneten Planwerke lassen insgesamt den Schluss zu, dass das Plangebiet eine grundsätzliche Eignung für die vorgesehene Bebauungsplanung aufweist.

Schutzgebiete

Es liegen keine Schutzgebiete in der Nähe des Plangebietes.

8.2 Bestandsaufnahme des Umweltzustandes sowie Beschreibung und Bewertung der zu erwartenden Auswirkungen

Schutzgut Boden

Bestand

Gemäß Bodenübersichtskarte (Agrar- und Umweltatlas Schleswig-Holstein) herrscht im Plangebiet als Bodentyp Pseudogley vor.

Es liegen keine Hinweise auf bekannte Bodenbelastungen (Altlasten, Altablagerungen), den Verdacht einer erheblichen Belastung der Böden sowie Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen im Sinne schädlicher Bodenveränderungen gem. § 2 ff BBodSchG vor.

Auswirkungen

Gegenüber den bisherigen Festsetzungen des Bebauungsplanes wird durch die 1. Änderung des Bebauungsplanes keine Erhöhung der Bodenversiegelung ermöglicht, da noch ein Puffer hinsichtlich der möglichen Versiegelung vorhanden ist (s. E+A-Bilanz).

Bewertung

Die geplanten Versiegelungen wurden bereits durch die im Ursprungs-Bebauungsplan festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen ausgeglichen. Mit erheblichen negativen Auswirkungen ist somit nicht zu rechnen

Schutzgut Fläche

Bestand:

Das Plangebiet ist geprägt durch den vorhandenen Gebäudebestand. Zahlreiche Freiflächen um Stall- und Wohngebäude sind bereits versiegelt bzw. teilversiegelt. Nördlich des Stallgebäudes befindet sich eine Grünfläche (Rasen).

Auswirkungen:

Gemäß § 1a Abs. 2 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden. Die Inanspruchnahme von hochwertigen land- oder forstwirtschaftlich genutzten Böden ist zu vermeiden. Bodenversiegelungen sollen auf ein unbedingt notwendiges Maß begrenzt werden.

Bewertung:

Da die geplante Versiegelung in direktem Anschluss an den vorhandenen Gebäudebestand erfolgt, werden keine landwirtschaftlich genutzten Flächen in Anspruch genommen.

Der Anspruch des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden wird in der vorliegenden Planung ausreichend berücksichtigt.

Schutzgut Wasser / Grundwasser

Bestand:

Oberflächengewässer sind im Plangebiet nicht vorhanden.

Anfallendes Oberflächenwasser wird in einem Regenrückhaltebecken östlich der Straße Börsby gesammelt und gedrosselt in ein Verbandsgewässer des Wasser- und Bodenverbandes Beveroe eingeleitet.

Auswirkungen:

Für die neuen Stellplätze ist, ebenso wie bei den bereits vorhandenen Fahrflächen, eine wassergebundene Decke (Teilversiegelung) vorgesehen. Somit wird ein Teil des Oberflächenwassers vor Ort versickert. Hinsichtlich des anfallenden überschüssigen Oberflächenwassers erfolgt ein Anschluss an das vorhandene System.

Bewertung

Da die zusätzlich einzuleitende Menge an Oberflächenwasser aufgrund der vorgesehenen Teilversiegelung sehr gering sein wird, wird dem Ziel einer Reduzierung der abzuleitenden Niederschlagsmengen des Erlasses zum landesweiten Umgang mit Regenwasser¹⁰ entsprochen.

¹⁰ vgl. Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND) und des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein (MILI) zum landesweiten Umgang mit Regenwasser in Neubaugebieten (10.10.2019)

Schutzgut Pflanzen und Biotope

Bestand:

Im Plangebiet liegt das große u-förmige historische Stallgebäude (s. Fotos unter Punkt 1 der Begründung) sowie ein Wohngebäude mit Ferienwohnungen.

Die Flächen um das Stallgebäude und zwischen Stall- und Wohngebäude sind größtenteils versiegelt bzw. teilversiegelt (Kies, Grand, Kopfsteinpflaster). Nördlich des Stallgebäudes befindet sich ein Güllebehälter, einige Pappeln, die z.T. in schlechtem Zustand sind, sowie Rasen und Grünland. Im Nordosten ragt ein Knickabschnitt in das Plangebiet hinein. Dieser unterliegt dem Schutz nach § 21 LNatSchG.

Im Westen schließt ein Gartenbereich an.



Foto 5: Blick nach Westen (zukünftig Gartencafé)



Foto 6: Blick nach Norden (zukünftig Stellplätze)

Auswirkungen:

- Durch die Planung werden keine naturnahen Strukturen in Anspruch genommen.

Ergebnis/Bewertung

Es kommt nicht zu negativen Auswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen und Biotope.

Schutzgut Tiere

Artenschutzrechtliche Bewertung gem. §§ 44, 45 BNatSchG

Anlass und Aufgabenstellung

Im Rahmen der vorliegenden Planung ist der Artenschutz gem. § 44 (1) BNatSchG zu beachten. Dabei ist zu prüfen, ob es zu einer Verwirklichung der Verbotstatbestände kommen kann bzw. ob durch die Maßnahme besonders oder streng geschützte Arten betroffen sind.

Einem besonderen Schutz unterliegen hierbei Tier- und Pflanzenarten der Anhänge A oder B der EG-Verordnung Nr. 338/97, des Anhangs IV der Richtlinie 92/43/EWG sowie europäische Vogelarten gem. EU-Vogelschutzrichtlinie.

Die nach BNatSchG streng geschützten Arten sind in Anhang A der EG-Verordnung Nr.

338/97 und in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG benannt.

Zur Beurteilung, ob durch den geplanten Eingriff besonders oder streng geschützte Arten gem. Definition des BNatSchG betroffen sind, erfolgt eine Prüfung auf Artengruppenniveau anhand einer Ortsbegehung und aufgrund einer Potenzialanalyse.

Untersuchungsraum

Bei dem überplanten Bereich handelt es sich um das Gelände eines landwirtschaftlichen Betriebes mit entsprechendem Gebäudebestand (großes, zweistöckiges Wirtschaftsgebäude, im Erdgeschoss Schweinehaltung, im Obergeschoss Strohboden sowie eine Ferienwohnung im südwestlichen Teil, Wohnhaus mit Ferienwohnungen) und Außenflächen (Rasen, Grünland, Knick im Nordosten).

Beschreibung des Vorhabens

Die Schweinezucht soll zukünftig auf den östlichen Gebäudetrakt beschränkt werden. Im östlichen Gebäudeteil bleibt der über dem Schweinestall vorhandene Strohboden erhalten. Im westlichen Teil des Wirtschaftsgebäudes sind bereits Ferienwohnungen untergebracht. Der zukünftig leerfallende Bereich des West- und Mitteltraktes des Wirtschaftsgebäudes soll zu einem Hofladen und Hofcafé umgenutzt werden. Im Obergeschoss des Gebäudes sind längerfristig Mehrzweckräume für Veranstaltungen sowie betriebsbezogener Wohnraum vorgesehen. Nördlich des Stallgebäudes soll ein Cafégarten entstehen, nahe der Straße sind Stellplätze geplant.

Naturnahe Strukturen sind von der Baumaßnahme nicht betroffen. Der vorhandene Knick im Nordosten wird in seiner derzeitigen Form erhalten. Die Gebäude sind als potenzieller Lebensraum von Fledermäusen zu betrachten.

Relevanzprüfung:

Das große Wirtschaftsgebäude bietet Potenzial für das Vorkommen folgender Tierarten:

- Gebäudebewohnende Fledermäuse

Fledermäuse

Alle Arten stehen im Anhang IV der FFH-Richtlinie. Gebäude (v.a. Dachbereiche) haben eine potenzielle Bedeutung als Quartierstandort für Fledermäuse.

Das Wirtschaftsgebäude im Plangebiet bietet v.a. im Dachbereich Potenzial als Fledermausquartier (Wochenstube/Schlafplatz). Aufgrund der nicht vorhandenen Frostfreiheit ist keine Nutzung als Winterquartier anzunehmen.

Die Artengruppe Fledermäuse ist somit potenziell betroffen.

Die Umnutzung von einem Stallgebäude zu Wohnraum/Büro, Hofladen und Café hat Baumaßnahmen im Innenbereich des Stallgebäudes zur Folge.

Da im ersten Schritt der Fokus auf der Realisierung von Laden und Café im Erdgeschoss im zentralen Gebäudetrakt liegen soll, ist zum gegenwärtigen Planungsstand noch nicht klar, ob im Obergeschoss (derzeit Strohboden) ein Ausbau bis unter das Dach erfolgt, oder ob ein von außen zugänglicher Dachboden als Lebensraum für Fledermäuse verbleibt. In jedem Fall bleibt der vorhandene Strohboden im östlichen Gebäudeteil erhalten.

Prüfung des Eintretens von Verbotstatbeständen

Relevante Verbotstatbestände hinsichtlich der Artengruppe Fledermäuse sind

- Die mögliche Schädigung / Tötung von Individuen gem. § 44 (1) 1 BNatSchG während der Bautätigkeit
- Beeinträchtigung/Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten geschützter Arten gem. § 44 (1) 3 BNatSchG: Verlust von Wochenstuben und Schlafplätzen

Artenschutzrechtlicher Handlungsbedarf

Ob artenschutzrechtlicher Handlungsbedarf besteht, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilt werden, da die Ausgestaltung des Obergeschoss-Ausbaus noch nicht hinreichend konkretisiert ist und dieser ggfs. auch erst längerfristig erfolgt.

Im Umweltbericht zum Ursprungs-Bebauungsplan wurde bereits das Aufhängen von mindestens 10 Fledermauskästen in den Großbäumen auf dem Hofgelände als Ausgleichsmaßnahme für Umbau- und Sanierungsmaßnahmen am Gebäude benannt.

Die mögliche Schädigung / Tötung von Individuen gem. § 44 (1) 1 BNatSchG während der Bautätigkeit ist durch eine Bauzeitenregelung vermeidbar, indem Umbau- und Sanierungsmaßnahmen am Gebäude nur während der Monate Dezember bis einschließlich Februar stattfinden.

Gegebenenfalls sind, bei hinreichender Konkretisierung des Dachausbaus, im Rahmen der Baugenehmigung Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung (Funktionserhalt der Quartiere) oder zum Ausgleich (Aufhängen von Fledermauskästen) festzusetzen.

Bei Berücksichtigung der Bauzeitenregelung und der gegebenenfalls zu benennenden Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind Verstöße gegen § 44 BNatSchG nicht abzusehen.

Fazit

Die Potenzialanalyse ergab Hinweise für Fledermäuse als Artvorkommen mit artenschutzrechtlicher Relevanz im Wirkraum des Vorhabens.

Die mögliche Schädigung / Tötung von Individuen gem. § 44 (1) 1 BNatSchG während der Bautätigkeit ist durch eine Bauzeitenregelung vermeidbar, indem Umbau- und Sanierungsmaßnahmen am Gebäude nur während der Monate Dezember bis einschließlich Februar stattfinden.

Gegebenenfalls sind auf Genehmigungsebene, bei hinreichender Konkretisierung des Dachausbaus, Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung (Funktionserhalt der Quartiere) oder zum Ausgleich (Aufhängen von Fledermauskästen) zu benennen.

Bei Berücksichtigung der gegebenenfalls zu benennenden Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind Verstöße gegen § 44 BNatSchG nicht abzusehen.

Schutzgut Biologische Vielfalt¹¹

Im Plangebiet ist aufgrund der anthropogenen Überprägung keine besondere Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten sowie Lebensgemeinschaften und Biotopen vorhanden. Hier ist ein direkter Bezug zu den Bewertungen hinsichtlich der Schutzgüter Pflanzen, Biotope und Tiere gegeben. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird hinsichtlich des Bestandes und der Auswirkungen auf die Schutzgüter verwiesen. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass es durch die Planung nicht zu Auswirkungen auf die Biologische Vielfalt kommt.

Schutzgut Orts- und Landschaftsbild

Bestand:

Das Plangebiet ist geprägt durch die landwirtschaftliche und touristische Nutzung des Hofes. Die gut erhaltene Fassade des Wirtschaftsgebäudes prägt das Ortsbild im Bereich des Hofes. Der Hof stellt ein geschlossenes Ensemble in der freien Landschaft dar.

Angrenzend finden sich v.a. Ackerflächen. Das Relief ist schwach hügelig und fällt nach Westen zur Geltinger Au ab.

Auswirkungen:

Durch die geplante Nutzungsänderung in einem Teil des Wirtschaftsgebäudes finden bauliche Veränderungen v.a. im Innenbereich statt. Die Anlage eines Gartencafé sowie von Stellplätzen haben keine erheblichen Auswirkungen auf das Landschaftsbild, da keine hochbaulichen Maßnahmen erforderlich sind.

Ergebnis/Bewertung:

Durch die Planung ist nicht mit negativen Auswirkungen auf das Schutzgut Orts- und Landschaftsbild zu rechnen.

Schutzgut Klima und Luft

Bestand:

Das Klima im Plangebiet hat einen gemäßigten, atlantischen Charakter. Die Hauptwindrichtung ist Westen.

Bei dem Plangebiet handelt es sich um eine Hofstelle in Alleinlage.

Auswirkungen:

Durch die Planung entstehen keine relevanten Auswirkungen auf das Mikro- oder Makroklima.

¹¹ Nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG handelt es sich dabei um „die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten einschließlich der innerartlichen Vielfalt sowie die Vielfalt an Formen von Lebensgemeinschaften und Biotopen“

Bewertung:

Es sind keine Auswirkungen auf das Schutzgut Klima und Luft zu erwarten.

Umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen, seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt

Bestand:

Im Plangebiet befindet sich ein Wohngebäude mit Ferienwohnung, eine Ferienwohnung im westlichen Stallflügel sowie Ferienhäuser südlich des Plangebietes.

Im östlichen Stallflügel soll weiterhin Schweinezucht betrieben werden.

Das Plangebiet liegt in einem „Gebiet mit besonderer Erholungseignung“ (Landschaftsrahmenplan) bzw. in einem „Gebiet mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung“ (Regionalplan).

Auswirkungen:

Hinsichtlich Geruchsimmissionen aus der Tierhaltung s. auch Punkt 6 der Begründung (Immissionsschutz). Im Rahmen der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 2 wurde eine Immissionsschutzstellungnahme erarbeitet. Die Berechnung kam zu dem Ergebnis, dass für den Bereich der Ferienhäuser die belästigungsrelevante Kenngröße von 0,15 eingehalten wird. Dies gilt auch für das Wohngebäude mit Ferienwohnungen. Bei weiterer Reduzierung des Tierbestandes auf der Hofstelle ist mit einer Senkung der Geruchsstunden in den an die Stallgebäude angrenzenden Bereiche zu rechnen.

Geruchs- und Schallemissionen, die über das bisherige Maß hinausgehen, sind durch die Planung nicht zu erwarten.

Die Änderung des Bebauungsplanes ermöglicht ein verbessertes Angebot für den Tourismus.

Bewertung:

Ein Konflikt zwischen landwirtschaftlicher Nutzung und den geplanten Nutzungsergänzungen ist nicht zu erkennen.

Konflikte aus geruchstechnischer Sicht sind somit nicht zu erwarten.

Es sind keine nachteiligen Auswirkungen auf Erholungsfunktionen zu erwarten.

Umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Bestand:

In Plangebiet und der näheren Umgebung sind weder Baudenkmale noch archäologische Kulturdenkmale vorhanden.

Der Gebäudebestand des Ferienhofes Börsby ist von Flächen des archäologischen Interessensgebiets umgeben. Das direkte Plangebiet liegt außerhalb des Interessensgebiets.

Auswirkungen:

Gemäß Stellungnahme des archäologischen Landesamtes (22.10.2021) können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmale durch die Umsetzung der Planung festgestellt werden.

Bewertung:

Auch wenn derzeit keine Auswirkungen auf Kulturgüter erkennbar sind, ist gleichwohl stets der § 15 des Denkmalschutzgesetzes zu beachten:

Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.

Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.

Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Umweltbelangen

Neben den einzelnen Umweltbelangen sind auch die Wechselwirkungen zwischen ihnen zu berücksichtigen. Hier sind Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Umweltbelangen zu nennen, die innerhalb der räumlichen Funktionsbeziehung planungsrelevant sein können.

Im Planungsgebiet relevant sind die Wechselwirkungen zwischen

- Boden und Wasserhaushalt
- Vegetation und Eignung als Tierlebensraum (Bedeutung der Gehölzstrukturen als Nahrungs- Brut- und Überwinterungsstandorte)
- Vegetation und Landschaftsbild (Eingrünung)

In der Auswirkungsprognose werden diese Wechselwirkungen bei den einzelnen Umweltbelangen berücksichtigt.

Zusammenfassung der Umweltauswirkungen

Durch die Planung kommt es voraussichtlich zu keinen Eingriffen in die Schutzgüter Boden und Wasser (Teilversiegelung), die über das bisher zulässige Maß hinausgehen.

Durch die Planung werden keine naturnahen Strukturen in Anspruch genommen.

Es ist davon auszugehen, dass das Wirtschaftsgebäude v.a. im Dachbereich Potenzial für Wochenstuben/Schlafplätze von Fledermäusen bietet.

Durch die Festsetzung von Vermeidungs- und ggfs. Ausgleichsmaßnahmen auf Genehmigungsebene sind Verstöße gegen § 44 BNatSchG sicher auszuschließen.

Weitere Umweltauswirkungen entstehen durch die Planung nicht.

Vermeidung von Emissionen und sachgerechter Umgang mit Abfällen und Abwässern

Mit Emissionen, die über das bisherige Maß hinausgehen, ist durch die B-Planänderung nicht zu rechnen.

Anfallendes Oberflächenwasser wird in einem Regenrückhaltebecken östlich der Straße Börsby gesammelt und gedrosselt in ein Verbandsgewässer des Wasser- und Bodenverbandes Beveroe eingeleitet.

Die Abfallbeseitigung erfolgt durch die Abfallwirtschaftsgesellschaft Schleswig-Flensburg mbH (AFS).

Nutzung erneuerbarer Energien sowie sparsame und effiziente Nutzung von Energie

Photovoltaikanlagen sind regelmäßig nach § 14 Abs. 3 BauNVO zulässig.

Risiken für die menschliche Gesundheit, Kulturgüter oder die Umwelt durch Unfälle oder Katastrophen

Derzeit sind bei Umsetzung der Planung keine Risiken für die menschliche Gesundheit, Kulturgüter oder die Umwelt durch Unfälle und Katastrophen abzusehen.

Auswirkungen der Planung auf das Klima (z.B. Art und Ausmaß der Treibhausgasemissionen) und Anfälligkeit der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels

Durch die Umsetzung der Planung werden in geringem Ausmaß Freiflächen (teil)versiegelt. Die kleinklimatischen Auswirkungen des Vorhabens werden sich bei Durchführung der Planung auf das Plangebiet konzentrieren.

Kumulative Wirkungen von Planungen in einem engen räumlichen Zusammenhang

Weitere Pläne oder Projekte sind im Wirkraum zurzeit nicht im Verfahren oder in Vorbereitung.

Beschreibung der eingesetzten Techniken und Stoffe

Für den Innenausbau sowie die Anlage der teilversiegelten Flächen werden voraussichtlich nur allgemein häufig verwendete Techniken und Stoffe angewandt bzw. eingesetzt.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung lassen sich nur die Fortführung der bislang ausgeübten Nutzung und damit die Erhaltung des bisherigen Umweltzustandes prognostizieren.

8.3 Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung

Nach § 13 BNatSchG müssen erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft möglichst vollständig vermieden werden. Wenn das nicht möglich ist, muss der Verursacher den Eingriff durch Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen kompensieren.

Schutzgut Boden

Eingriff:

Die Umnutzung des Wirtschaftsgebäudes an sich hat keine Auswirkungen auf das Schutzgut Boden. Nördlich des Gebäudes sind für das Hofcafé ein Freisitz sowie ein Cafégarten mit Ausschankanlage sowie die Anlage von Stellplätzen für die Besucher geplant.

Gemäß den Ausführungen unter Punkt 3 der Begründung (Planungskonzept, Ziele und Inhalte der Planung / Maß der baulichen Nutzung) ist für das Plangebiet derzeit eine GR von 2.850 m² (zzgl. 50 % -Überschreitung für Stellplätze und Nebenanlagen) festgesetzt und ausgeglichen. Im Bestand versiegelt sind bisher 2.575 m². Es ist somit noch ein Puffer von 275 m² für die Hauptnutzung vorhanden. Dieser Entwicklungsspielraum ermöglicht die Anlage eines Gartencafés. Da die zulässige Grundfläche für Garagen und Stellplätze mit ihren Zufahrten und Nebenanlagen um bis zu 50% überschritten werden darf, gilt somit auch die Anlage der erforderlichen Stellplätze als ausgeglichen.

Eingriffsvermeidung und -minimierung:

Für die neuen Stellplätze ist eine wassergebundene Decke (Teilversiegelung) vorgesehen.

Ausgleich:

Die Anlage von Gartencafé und Stellplätzen erfordert keinen gesonderten Ausgleich, da hinsichtlich der festgesetzten (und über den Ursprungsbebauungsplan ausgeglichen) Grundfläche (GR) noch ein ausreichender Entwicklungsspielraum hinsichtlich der Versiegelung vorhanden ist.

Schutzgut Wasser

Eingriff:

Da die geplante Versiegelung überwiegend als Teilversiegelung ausgeführt wird, kann ein Teil des Oberflächenwassers vor Ort versickern. Darüber hinaus anfallendes Oberflächenwasser wird in einem Regenrückhaltebecken östlich der Straße Börsby gesammelt und gedrosselt in ein Verbandsgewässer des Wasser- und Bodenverbandes Beveroe eingeleitet.

Eingriffsvermeidung und -minimierung:

Für die neuen Stellplätze ist eine wassergebundene Decke (Teilversiegelung) vorgesehen.

Ausgleich:

- Kein gesonderter Ausgleich erforderlich.

Schutzgut Tiere

Eingriff:

- Umnutzung eines Wirtschaftsgebäudes mit Potenzial als Wochenstube/Schlafplatz für Fledermäuse

Eingriffsvermeidung und -minimierung:

- Bauzeitenregelung: Umbau- und Sanierungsmaßnahmen am Gebäude finden nur während der Monate Dezember bis einschließlich Februar statt
- Gegebenenfalls sind, bei hinreichender Konkretisierung des Dachausbaus, im Rahmen der Baugenehmigung Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung (Funktionserhalt der Quartiere) zu benennen.

Ausgleich:

- Gegebenenfalls (s.o.) sind im Rahmen der Baugenehmigung Maßnahmen zum Ausgleich (Aufhängen von Fledermauskästen) zu benennen.

8.4 Zusammenfassende Darstellung der vorgesehenen Eingriffsvermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen

Vermeidungsmaßnahmen:

Schutzgüter Boden und Wasser

- Versiegelung überwiegend als Teilversiegelung

Schutzgut Tiere

- Bauzeitenregelung: Umbau- und Sanierungsmaßnahmen am Gebäude finden nur während der Monate Dezember bis einschließlich Februar statt
- Gegebenenfalls sind, bei hinreichender Konkretisierung des Dachausbaus, im Rahmen der Baugenehmigung Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung (Funktionserhalt der Quartiere) zu benennen.

Ausgleichsmaßnahmen

Schutzgut Tiere

- Gegebenenfalls (s.o.) sind im Rahmen der Baugenehmigung Maßnahmen zum Ausgleich (Aufhängen von Fledermauskästen) zu benennen.

8.5 Alternative Planungsmöglichkeiten im Geltungsbereich des B-Plans

Aufgrund der planerischen Ziele und des vorhandenen Bestandes ist die Variationsbreite für Planungsalternativen gering.

8.6 Zusätzliche Angaben

Beschreibung der bei der Umweltprüfung angewendeten Methodik

Die Umweltprüfung erfolgt aufgrund von Unterlagen, welche durch die Büros GRZwo Flensburg und Naturaconcept, Sterup erstellt wurden. Hierbei wurde die folgende Arbeitsmethodik angewendet:

- Auswertung vorhandener Fachplanungen und umweltbezogener Stellungnahmen
- aktuelle örtliche Bestandsaufnahmen.

Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen bei der Durchführung

Nach § 4c BauGB ist es Aufgabe der Gemeinde, erhebliche Umweltauswirkungen, die sich in Folge der Durchführung der Planung ergeben, zu überwachen. Wie vorangehend ausgeführt, werden als Folge der Planung keine bzw. zumindest keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen erwartet.

Die Fachbehörden sind nach § 4 Abs. 3 BauGB verpflichtet, der Gemeinde (auch) nach Abschluss des Planverfahrens über die bei ihnen im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgabenerfüllung anfallenden Erkenntnisse insbesondere hinsichtlich unvorhergesehener Umweltauswirkungen zu unterrichten. Die Gemeinde wird sich ansonsten darauf beschränken (müssen), vorhandene bzw. übliche Erkenntnisquellen und Informationsmöglichkeiten zu nutzen (Ortsbegehungen, Kenntnisnahme von Informationen Dritter).

Die Überprüfung der gesetzlichen Vorgaben aus dem Bau- und dem Naturschutzrecht erfolgt im Wesentlichen durch die unteren Fachbehörden beim Kreis Schleswig-Flensburg.

Zusammenfassung Umweltbericht

Die Gemeinde Pommerby möchte mit der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 2 „Ferien auf dem Bauernhof Börsby“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen, um eine teilweise Umnutzung des auf der Hofstelle vorhandenen historischen Wirtschaftsgebäudes zu ermöglichen. Geplant sind im ersten Schritt Hofladen und Hofcafé im Erdgeschoss (mit Sitzplätzen und Stellplätzen im Außenbereich). In einem zweiten Schritt sollen im Obergeschoss Büro- und Sozialräume, Gemeinschaftsräume sowie eine Mitarbeiterwohnung eingerichtet werden.

Durch die Planung kommt es voraussichtlich zu keinen Eingriffen in die Schutzgüter Boden und Wasser (Teilversiegelung), die über das bisher zulässige Maß hinausgehen.

Durch die Planung werden keine naturnahen Strukturen in Anspruch genommen.

Es ist davon auszugehen, dass das Wirtschaftsgebäude v.a. im Dachbereich Potenzial für Wochenstuben/Schlafplätze von Fledermäusen bietet.

Durch die Festsetzung von Vermeidungs- und ggfs. Ausgleichsmaßnahmen auf Genehmigungsebene sind Verstöße gegen § 44 BNatSchG sicher auszuschließen.

Weitere Umweltauswirkungen sind durch die Planung nicht zu erwarten.

Quellen:

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634)
- Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434)
- Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465)
- Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771)
- Gesetz zum Schutz der Denkmale (Denkmalschutzgesetz Schleswig-Holstein) vom 30. Dezember 2014
- Innenministerium und Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein: Berücksichtigung von Flächen mit Bodenbelastungen, insbesondere Altlasten, in der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren (Altlastenerlass); Amtsblatt Schleswig-Holstein 2015 S. 719;
- Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND) und Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein (MILI): Gemeinsamer Erlass zum landesweiten Umgang mit Regenwasser in Neubaugebieten: Wasserrechtliche Anforderungen zum Umgang mit Regenwasser in Neubaugebieten in Schleswig-Holstein - Teil 1: Mengenbewirtschaftung, 10.10.2019
- Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Innenministerium: Gemeinsamer Runderlass zum Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht mit Stand vom 9. Dezember 2013.
- Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein, 2019: Verfahrenserlass zur Bauleitplanung
- Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie)
- Richtlinie 2009/147/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Vogelschutz-Richtlinie)
- Wassergesetz des Landes Schleswig-Holstein (Landeswassergesetz) in der Fassung vom 11. Februar 2008
- Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771)
- Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (2021)
- Regionalplan für den Planungsraum V (2002)
- Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum I (2020)
- Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein, Stellungnahme vom 22.10.2021

9 Kosten der Erschließung

Kosten der Erschließung zu Lasten der Gemeinde fallen erkennbar nicht an.

Die Begründung wurde durch Beschluss der Gemeindevertretung vom gebilligt.

Pommerby, am

.....

(Bürgermeister)

<i>Betreff</i> Beratung und Beschluss über den Jahresabschluss 2021

<i>Sachbearbeitende Dienststelle:</i> Finanzabteilung	<i>Datum</i> 27.04.2022
<i>Sachbearbeitung:</i> Hauke Scharf	

<i>Beratungsfolge (Zuständigkeit)</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Gemeindevertretung der Gemeinde Pommerby (Beratung und Beschluss)		Ö

Sachverhalt:

Die Gemeinde Pommerby hat gem. § 91 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GO) zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres nachzuweisen ist. Er muss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermitteln und ist zu erläutern.

Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Ihm ist ein Lagebericht beizufügen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss der Gemeinde hat den Jahresabschluss und den Lagebericht auf Richtigkeit und Vollständigkeit am 27.04.2022 geprüft und das Prüfungsergebnis in einem Schlussbericht zusammengefasst.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Pommerby beschließt den Jahresabschluss 2021 und den Lagebericht in der vorliegenden Fassung.

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Der Jahresüberschuss (59.843,53 €) wird im Folgejahr der Ergebnisrücklage zugeführt.

Anlagen:

Auszug aus dem Jahresabschluss 2021



Auszug aus dem

Jahresabschluss

der

Gemeinde Pommerby

zum

31.12.2021

Produktübersicht	Ergebnisrechnung			Finanzrechnung		
	Ergebnis 2021	Ergebnis 2020	Ergebnis 2019	Ergebnis 2021	Ergebnis 2020	Ergebnis 2019
	Erträge J. Aufwendungen = Ergebnis			Einzahlungen J. Auszahlungen = Saldo		
111000 Gemeindeorgane	0,00 4.607,96 -4.607,96	0,00 4.765,33 -4.765,33	0,00 5.808,46 -5.808,46	0,00 4.432,16 -4.432,16	0,00 4.765,33 -4.765,33	0,00 5.990,56 -5.990,56
111100 Innere Verwaltungsangelegenheiten	0,00 755,51 -755,51	47,83 949,48 -901,65	47,84 862,16 -814,32	0,00 755,51 -755,51	0,00 853,81 -853,81	0,00 766,48 -766,48
126000 Brandschutz	1.076,08 3.929,61 -2.853,53	1.070,75 3.628,95 -2.558,20	1.124,04 4.120,77 -2.996,73	5.356,61 6.821,28 -1.464,67	1.237,79 1.501,73 -263,94	1.654,05 3.011,37 -1.357,32
272100 Büchereien	0,00 521,73 -521,73	0,00 508,80 -508,80	0,00 480,18 -480,18	0,00 521,73 -521,73	0,00 508,80 -508,80	0,00 480,18 -480,18
281100 Heimat- und sonstige Kulturpflege	0,00 85,34 -85,34	0,00 135,34 -135,34	0,00 135,34 -135,34	0,00 85,34 -85,34	0,00 135,34 -135,34	0,00 135,34 -135,34
315100 Soziale Einrichtungen für Ältere	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 156,00 -156,00	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 156,00 -156,00
315200 Pflegeeinrichtungen, Sozialstation	0,00 511,77 -511,77	0,00 404,14 -404,14	0,00 346,47 -346,47	0,00 508,14 -508,14	0,00 395,43 -395,43	0,00 343,70 -343,70
362200 Kinder- und Jugendberufshilfe	0,00 35,00 -35,00	0,00 35,00 -35,00	0,00 483,00 -483,00	0,00 35,00 -35,00	0,00 35,00 -35,00	0,00 483,00 -483,00
362500 Sonstige Jugendarbeit	0,00 234,70 -234,70	0,00 210,40 -210,40	0,00 206,97 -206,97	0,00 210,40 -210,40	0,00 206,97 -206,97	0,00 210,86 -210,86
365100 Kindertagesstätten	3.745,73 16.033,48 -12.287,75	716,19 26.335,20 -25.619,01	163,26 23.985,07 -23.821,81	3.745,73 17.067,72 -13.321,99	879,45 25.724,98 -24.845,53	0,00 20.095,80 -20.095,80
421100 Allgemeine Förderung des Sports	0,00 100,00 -100,00	0,00 100,00 -100,00	0,00 100,00 -100,00	0,00 100,00 -100,00	0,00 100,00 -100,00	0,00 100,00 -100,00
511100 Orts- und Regionalplanung	0,00 0,00 0,00	0,00 1.176,98 -1.176,98	0,00 0,00 0,00	0,00 0,00 0,00	0,00 1.176,98 -1.176,98	0,00 0,00 0,00
531100 Elektrizitätsversorgung	6.960,00 1.354,60 5.605,40	8.193,66 0,00 8.193,66	7.497,52 0,00 7.497,52	6.960,00 1.354,60 5.605,40	9.873,66 0,00 9.873,66	7.617,52 0,00 7.617,52
537100 Fäkalienabfuhr	8.800,11 12.289,71 -3.489,60	3.485,38 5.200,64 -1.715,26	7.752,61 8.891,04 -1.138,43	247,20 1.033,77 -786,57	3.485,38 7.893,60 -4.408,22	11.822,07 6.164,57 5.657,50
538100 Abwasserbeseitigung	39.070,03 39.070,03 0,00	40.369,90 40.369,90 0,00	38.513,74 34.013,95 4.499,79	33.430,44 21.080,59 12.349,85	27.906,03 32.731,38 -4.825,35	34.810,67 18.942,60 15.868,07
541100 Gemeindestraßen	14.701,36 34.693,00 -19.991,64	14.701,38 34.339,54 -19.638,16	14.701,36 34.118,76 -19.417,40	0,00 16.739,54 -16.739,54	0,00 16.706,76 -16.706,76	0,00 18.643,15 -18.643,15
552100 Wasserläufe, Wasserbau	0,00 867,40 -867,40	0,00 968,25 -968,25	0,00 964,80 -964,80	0,00 867,40 -867,40	0,00 968,25 -968,25	0,00 964,80 -964,80
575100 Förderung des Fremdenverkehrs	4.714,08 516,81 4.197,27	4.490,08 516,81 3.973,27	4.588,08 1.386,50 3.201,58	4.714,08 425,17 4.288,91	4.483,08 425,17 4.057,91	4.595,08 1.753,07 2.842,01
611100 Steuern, allgemeine Zuweisungen,	280.762,69 184.617,40 96.145,29	243.471,17 153.861,44 89.609,73	179.409,79 153.929,39 25.480,40	280.814,69 184.376,40 96.438,29	244.520,94 154.083,44 90.437,50	177.877,18 152.359,39 25.517,79
612100 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	834,04 596,54 237,50	550,69 617,20 -66,51	463,90 623,88 -159,98	-335.268,75 -256.414,75 -78.854,00	-292.386,33 -248.212,97 -44.173,36	922.611,55 930.387,25 -7.775,70

Ergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis 2020 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz ¹ 2021 in EUR	Ist-Ergebnis 2021 in EUR	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6) in EUR	übertragene Ermächtigungen ² in EUR
1 ³	2 ⁴	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	166.526,61	145.300,00	211.535,55	-66.235,55	
		401100 Grundsteuer A	12.257,55	11.900,00	12.312,15	-412,15	
		401200 Grundsteuer B	20.024,22	20.600,00	20.462,82	137,18	
		401300 Gewerbesteuer	51.481,03	27.500,00	95.148,92	-67.648,92	
		402100 Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	63.503,00	65.100,00	64.420,00	680,00	
		402200 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	5.271,00	4.100,00	4.461,00	-361,00	
		403200 Hundesteuer	600,00	600,00	550,00	50,00	
		403400 Zweitwohnungssteuer	7.017,81	9.400,00	8.060,66	1.339,34	
		405100 Leistungen nach dem Familienlastenausgleich	6.372,00	6.100,00	6.120,00	-20,00	
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	94.849,63	73.500,00	86.849,69	-13.349,69	
		411100 Schlüsselzuweisungen vom Land	60.708,00	55.100,00	66.228,00	-11.128,00	
		413110 Allgemeine Zuweisungen vom Land	929,95	900,00	1.162,89	-262,89	
		413120 Allgemeine Zuweisungen vom Land	15.306,59	0,00	1.711,25	-1.711,25	
		414800 Zuschüsse für laufende Zwecke von übrigen Bereichen	276,89	0,00	0,00	0,00	
		416100 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen	11.197,08	11.200,00	11.277,83	-77,83	
		416200 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen	6.431,12	6.300,00	6.469,72	-169,72	
42	3	+ sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	39.288,34	40.600,00	43.891,07	-3.291,07	
		432100 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	29.468,38	30.700,00	33.847,11	-3.147,11	
		436100 Zweckgebundene Abgaben	4.490,08	4.600,00	4.714,08	-114,08	
		437100 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und für Beiträge	5.329,88	5.300,00	5.329,88	-29,88	
441- 442, 446	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.206,24	8.200,00	9.986,93	-1.786,93	
		448200 Erstattungen von Gemeinden/ GV	6.490,05	8.200,00	6.241,20	1.958,80	
		448800 Erstattungen von übrigen Bereichen	716,19	0,00	3.745,73	-3.745,73	
45	7	+ sonstige ordentliche Erträge	8.286,68	7.500,00	7.469,00	31,00	
		451100 Konzessionsabgaben	8.193,66	7.500,00	6.960,00	540,00	
		456200 Säumniszuschläge	0,00	0,00	125,00	-125,00	
		456500 Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen	93,00	0,00	384,00	-384,00	
		459100 Sonstige Finanzerträge	0,02	0,00	0,00	0,00	
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	10	= ordentliche Erträge	316.157,50	275.100,00	359.732,24	-84.632,24	
50	11	Personalaufwendungen	288,59	900,00	92,35	807,65	0,00
		501200 Dienstaufwendungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	287,54	600,00	91,93	508,07	0,00
		503100 Sozialversicherungsbeiträge Beamtinnen und Beamte	0,00	100,00	0,00	100,00	0,00
		503200 Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1,05	200,00	0,42	199,58	0,00
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.028,29	17.600,00	15.567,48	2.032,52	0,00
		521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.256,94	2.600,00	1.385,09	1.214,91	0,00
		522100 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	5.121,78	7.500,00	5.312,29	2.187,71	0,00
		523100 Mieten und Pachten	65,60	100,00	65,60	34,40	0,00
		524100 Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen usw.	6.143,32	5.200,00	8.046,39	-2.846,39	0,00
		527100 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	135,95	500,00	495,17	4,83	0,00
		529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	1.304,70	1.700,00	262,94	1.437,06	0,00
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	33.417,18	30.600,00	33.518,01	-2.918,01	0,00

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis 2020 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz ¹ 2021 in EUR	Ist-Ergebnis 2021 in EUR	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6) in EUR	übertragene Ermächtigungen ² in EUR
1 ³	2 ⁴	3	4	5	6	7	8
		571100 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	33.417,18	30.600,00	33.518,01	-2.918,01	0,00
53	15	+ Transferaufwendungen	193.119,21	212.600,00	213.530,23	-930,23	0,00
		531200 Zuweisungen an Gemeinden/ GV	0,00	0,00	16.033,48	-16.033,48	0,00
		531300 Zuweisungen / Umlagen an Zweckverbände und dergl.	12.048,09	12.100,00	11.947,24	152,76	0,00
		531700 Zuschüsse an private Unternehmen	100,00	100,00	100,00	0,00	0,00
		531800 Zuschüsse an übrige Bereiche	27.109,68	24.600,00	832,11	23.767,89	0,00
		534100 Gewerbesteuerumlage	4.867,00	2.600,00	8.998,00	-6.398,00	0,00
		537210 Kreisumlage	65.057,40	75.500,00	79.376,52	-3.876,52	0,00
		537220 Amtsumlage	44.315,03	50.600,00	56.228,29	-5.628,29	0,00
		537230 Zusatzamtsumlage	39.622,01	47.100,00	40.014,59	7.085,41	0,00
54	16	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	30.195,24	34.400,00	37.065,94	-2.665,94	0,00
		542100 Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	3.462,00	4.200,00	4.013,10	186,90	0,00
		542110 Arbeitsmittelpauschale und Reisekosten	504,00	700,00	560,40	139,60	0,00
		542900 Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	374,12	400,00	369,50	30,50	0,00
		542910 Vermischte Ausgaben	6,45	100,00	6,45	93,55	0,00
		543100 Geschäftsaufwendungen	1.267,89	100,00	0,00	100,00	0,00
		544100 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	579,02	700,00	576,25	123,75	0,00
		544110 Abwasserabgabe	2.426,56	2.500,00	2.426,56	73,44	0,00
		545200 Erstattung Verwaltungskosten an Gemeinden/ GV	762,23	1.300,00	1.008,08	291,92	0,00
		545210 Erst. Personal- und Sachmittel an Gemeinden/ GV	15.134,33	14.700,00	13.176,76	1.523,24	0,00
		545250 Mitbehandlungsanteile an Gemeinden/ GV	0,00	700,00	936,90	-236,90	0,00
		545700 Erstattung an private Unternehmen	5.566,64	9.000,00	12.864,79	-3.864,79	0,00
		549810 Aufwendungen aus der Zuführung zu SoPo Geb.Ausgl.	112,00	0,00	1.127,15	-1.127,15	0,00
	17	= ordentliche Aufwendungen	273.048,51	296.100,00	299.774,01	-3.674,01	0,00
	18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 17)	43.108,99	-21.000,00	59.958,23	-80.958,23	
46	19	+ Finanzerträge	0,00	100,00	0,00	100,00	
		461700 Zinserträge von Kreditinstituten	0,00	100,00	0,00	100,00	
55	20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	135,36	300,00	114,70	185,30	0,00
		551700 Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	122,36	200,00	114,70	85,30	0,00
		559200 Verzinsung von Steuernachforderungen	13,00	100,00	0,00	100,00	0,00
	21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-135,36	-200,00	-114,70	-85,30	
	22	= ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21)	42.973,63	-21.200,00	59.843,53	-81.043,53	
49	23	+ außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
59	24	- außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	25	= außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	42.973,63	-21.200,00	59.843,53	-81.043,53	

Nachrichtlich: Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		Ergebnis 2020 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2021 in EUR	Ist-Ergebnis 2021 in EUR	Vergleich Ansatz / Ist in EUR
48	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	939,53	1.000,00	931,88	68,12
	481120 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen Verzinsung Anlagekapital	457,69	500,00	450,04	49,96
	481130 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen Verzinsung erwirtschaftete AfA	481,84	500,00	481,84	18,16
58	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	939,53	1.000,00	931,88	68,12
	581120 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen Verzinsung Anlagekapital	457,69	500,00	450,04	49,96
	581130 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen Verzinsung erwirtschaftete AfA	481,84	500,00	481,84	18,16
	Ergebnis aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00

¹ Die fortgeschriebenen Planansätze umfassen:

- den Ansatz des Haushaltsjahres,
- die Veränderungen durch Nachträge,
- die Inanspruchnahme der ein- oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit und
- übertragene Ermächtigungen aus Haushaltsvorjahren.

Nicht erfasst vom fortgeschriebenen Planansatz sind die über- und außerplanmäßige Auszahlungen / Aufwendungen und die zweckgebundenen Mehreinzahlungen / -erträge und entsprechende -auszahlungen / -aufwendungen.

² übertragene Ermächtigungen nach § 23 Abs. 1 GemHVO-Doppik ins Folgejahr

³ Die Ziffern geben an, welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wurde.

⁴ laufende Nummerierung der Zeile

⁵ Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Finanzrechnung¹

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis	Fortgeschriebener	Ist-Ergebnis	Vergleich	übertragene
			2020	Ansatz ²	2021	Ansatz / Ist (Spalte 5	Ermächtigungen ³
			in EUR	2021	in EUR	/ Spalte 6)	in EUR
14	2 ⁵	3	4	5	6	7	8
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
60	1	Steuern und ähnliche Abgaben	167.576,38	145.300,00	211.587,55	-66.287,55	
		601100 Grundsteuer A	12.249,05	11.900,00	12.312,15	-412,15	
		601200 Grundsteuer B	19.907,49	20.600,00	20.462,82	137,18	
		601300 Gewerbesteuer	51.481,03	27.500,00	95.148,92	-67.648,92	
		602100 Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	64.678,00	65.100,00	64.472,00	628,00	
		602200 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	5.271,00	4.100,00	4.461,00	-361,00	
		603200 Hundesteuer	600,00	600,00	550,00	50,00	
		603400 Zweitwohnungssteuer	7.017,81	9.400,00	8.060,66	1.339,34	
		605100 Leistungen nach dem Familienlastenausgleich	6.372,00	6.100,00	6.120,00	-20,00	
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	77.221,43	56.000,00	69.102,14	-13.102,14	
		611100 Schlüsselzuweisungen	60.708,00	55.100,00	66.228,00	-11.128,00	
		613110 Allgemeine Zuweisungen vom Land	929,95	900,00	1.162,89	-262,89	
		613120 Allgemeine Zuweisungen vom Land	15.306,59	0,00	1.711,25	-1.711,25	
		614800 Zuschüsse für laufende Zwecke von übrigen Bereichen	276,89	0,00	0,00	0,00	
62	3	+ sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	31.408,21	35.300,00	32.309,28	2.990,72	
		632100 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	26.925,13	30.700,00	27.595,20	3.104,80	
		636100 Zweckgebundene Abgaben	4.483,08	4.600,00	4.714,08	-114,08	
641-642, 646	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.083,52	8.200,00	10.235,78	-2.035,78	
		648200 Erstattungen von Gemeinden/ GV	5.204,07	8.200,00	6.490,05	1.709,95	
		648800 Erstattungen von übrigen Bereichen	879,45	0,00	3.745,73	-3.745,73	
65	7	+ sonstige Einzahlungen	9.873,68	7.500,00	7.085,00	415,00	
		651100 Konzessionsabgaben	9.873,66	7.500,00	6.960,00	540,00	
		656200 Säumniszuschläge	0,00	0,00	125,00	-125,00	
		659100 Sonstige Finanzeinzahlungen	0,02	0,00	0,00	0,00	
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	93,00	100,00	384,00	-284,00	
		661700 Zinseinzahlungen von Kreditinstituten	0,00	100,00	0,00	100,00	
		669200 Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen	93,00	0,00	384,00	-384,00	
	9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	292.256,22	252.400,00	330.703,75	-78.303,75	
70	10	Personalauszahlungen	288,59	900,00	138,53	761,47	
		701200 Dienstbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	287,54	600,00	138,11	461,89	
		703100 Sozialversicherungsbeiträge Beamten und Beamte	0,00	100,00	0,00	100,00	
		703200 Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1,05	200,00	0,42	199,58	
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
72	12	+ Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	18.660,58	17.600,00	11.529,00	6.071,00	
		721100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.653,74	2.600,00	1.988,29	611,71	
		722100 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	5.121,78	7.500,00	5.312,29	2.187,71	
		723100 Mieten und Pachten	65,60	100,00	65,60	34,40	
		724100 Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen usw.	9.378,81	5.200,00	3.771,60	1.428,40	
		727100 Besondere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen	135,95	500,00	128,28	371,72	
		729100 Auszahlungen für sonstige Dienstleistungen	1.304,70	1.700,00	262,94	1.437,06	
75	13	+ Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	136,31	300,00	115,66	184,34	
		751700 Zinsauszahlungen an Kreditinstitute	123,31	200,00	115,66	84,34	
		759200 Verzinsung von Steuernachzahlungen	13,00	100,00	0,00	100,00	
73	14	+ Transferauszahlungen	192.126,85	212.100,00	214.011,70	-1.911,70	

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2020 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz ² 2021 in EUR	Ist-Ergebnis 2021 in EUR	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6) in EUR	übertragene Ermächtigungen ³ in EUR	
14	2 ⁵	3	4	5	6	7	8
		731200 Zuweisungen an Gemeinden/ GV	0,00	0,00	16.033,48	-16.033,48	
		731300 Zuweisungen / Umlagen an Zweckverbände und dergl.	12.048,09	12.100,00	11.947,24	152,76	
		731700 Zuschüsse an private Unternehmen	100,00	100,00	100,00	0,00	
		731800 Zuschüsse an übrige Bereiche	25.895,32	24.100,00	1.554,58	22.545,42	
		734100 Gewerbesteuerumlage	5.089,00	2.600,00	8.757,00	-6.157,00	
		737210 Kreisumlage	65.057,40	75.500,00	79.376,52	-3.876,52	
		737220 Amtsumlage	44.315,03	50.600,00	56.228,29	-5.628,29	
		737230 Zusatzamtsumlage	39.622,01	47.100,00	40.014,59	7.085,41	
74	15	+ sonstige Auszahlungen	28.980,00	34.900,00	26.948,46	7.951,54	
		742100 Auszahlungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	3.462,00	4.200,00	4.013,10	186,90	
		742110 Arbeitsmittelpauschale und Reisekosten	504,00	700,00	384,60	315,40	
		742900 Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	374,12	400,00	369,50	30,50	
		742910 Vermischte Ausgaben	6,45	100,00	6,45	93,55	
		743100 Geschäftsauszahlungen	1.267,89	100,00	0,00	100,00	
		744100 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	579,02	700,00	576,25	123,75	
		744110 Abwasserabgabe	2.426,56	2.500,00	2.426,56	73,44	
		745200 Erstattung Verwaltungskosten an Gemeinden/ GV	966,70	1.300,00	762,23	537,77	
		745210 Erst. Personal-/Sachmittel an Gemeinden/ GV	10.946,13	14.700,00	15.134,33	-434,33	
		745250 Mitbehandlungsanteil an Gemeinden/ GV	3.215,38	700,00	0,00	700,00	
		745700 Erstattung an private Unternehmen	4.836,32	9.000,00	2.767,30	6.232,70	
		745800 Erstattung an übrige Bereiche	395,43	500,00	508,14	-8,14	
	16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 10 bis 15)	240.192,33	265.800,00	252.743,35	13.056,65	
	17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 / 16)	52.063,89	-13.400,00	77.960,40	-91.360,40	
681	18	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,00	0,00	1.849,00	-1.849,00	
		681800 Investitionszuschüsse von übrigen Bereichen	0,00	0,00	1.849,00	-1.849,00	
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
684	21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	26	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0,00	1.849,00	-1.849,00	
781	27	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
782	28	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0,00	1.938,06	-1.938,06	
		783100 Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens (oberhalb Wertgrenze 1.000,- €)	0,00	0,00	1.938,06	-1.938,06	
784	30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	8.156,95	0,00	0,00	0,00	
		785200 Auszahlungen aus Tiefbaumaßnahmen	1.259,50	0,00	0,00	0,00	
		785300 Auszahlungen aus sonstigen Baumaßnahmen	6.897,45	0,00	0,00	0,00	

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2020 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz ² 2021 in EUR	Ist-Ergebnis 2021 in EUR	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6) in EUR	übertragene Ermächtigungen ³ in EUR	
1 ⁴	2 ⁵	3	4	5	6	7	8
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	0,00	0,00	0,00	0,00	
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
	34	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 27 bis 33)	8.156,95	0,00	1.938,06	-1.938,06	
	35	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 26 / 34)	-8.156,95	0,00	-89,06	89,06	
672	35a	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	223,11	0,00	3.100,00	-3.100,00	
		672200 Einzahlungen durchlaufende Gelder	223,11	0,00	3.100,00	-3.100,00	
772	35b	Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	0,00	0,00	1.849,00	-1.849,00	
		772200 Auszahlungen durchlaufende Gelder	0,00	0,00	1.849,00	-1.849,00	
	35c	Saldo aus fremden Finanzmitteln	223,11	0,00	1.251,00	-1.251,00	
	36	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17, 35 und 35c)	44.130,05	-13.400,00	79.122,34	-92.522,34	
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
695	38	+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00	
693	39	+ Aufnahme von Kassenkredite	0,00	0,00	0,00	0,00	
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.824,00	3.900,00	3.824,00	76,00	
		792730 Laufzeit 5 Jahre und mehr Euro-Währung (fester Zins)	3.824,00	3.900,00	3.824,00	76,00	
795	41	- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00	
793	42	- Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	
	43	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-3.824,00	-3.900,00	-3.824,00	-76,00	
	44	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 36 und 43)	40.306,05	-17.300,00	75.298,34	-92.598,34	
	45	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	0,00	0,00	
	46	= Liquide Mittel (= Zeilen 44 und 45)	40.306,05	-17.300,00	75.298,34	-92.598,34	

¹ Bei Ämtern sind zusätzlich die Zeilen 35d (Kto. 673 Einzahlungen für amtsangehörige Gemeinde), 35f (Kto. 773 Auszahlungen für amtsangehörige Gemeinden) und 35e (Saldo aus Ein- und Auszahlungen für amtsangehörige Gemeinden) auszuweisen. Der vorgennante Saldo ist bei der Berechnung des Finanzmittelüberschusses / -fehlbetrags in der Spalte 36 zu berücksichtigen.

² Die fortgeschriebenen Planansätze umfassen:

- den Ansatz des Haushaltsjahres,
- die Veränderungen durch Nachträge,
- die Inanspruchnahme der ein- oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit und
- übertragene Ermächtigungen aus Haushaltsvorjahren.

Nicht erfasst vom fortgeschriebenen Planansatz sind die über- und außerplanmäßige Auszahlungen / Aufwendungen und die zweckgebundenen Mehreinzahlungen / -erträge und entsprechende -auszahlungen / -aufwendungen.

³ übertragene Ermächtigungen nach § 23 Abs. 1 GemHVO-Doppik ins Folgejahr

⁴ Die Ziffern geben an, welchen Kontengruppen und Kontenarten veranschlagt wurde.

⁵ laufende Nummerierung der Zeile

	Bezeichnung	31.12.2020	31.12.2021
		in EUR	
	AKTIVA		
	1. Anlagevermögen	778.531,67	746.951,72
01	1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
	1.2 Sachanlagen	777.536,67	745.956,72
	1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	9.388,24	9.388,24
021	1.2.1.1 Grünflächen	0,00	0,00
022	1.2.1.2 Ackerland	9,90	9,90
023	1.2.1.3 Wald, Forsten	0,00	0,00
029	1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	9.378,34	9.378,34
	1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	103.349,12	101.850,65
032	1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	0,00	0,00
033	1.2.2.2 Schulen	0,00	0,00
031	1.2.2.3 Wohnbauten	0,00	0,00
034	1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	103.349,12	101.850,65
	1.2.3 Infrastrukturvermögen	663.320,10	631.693,17
041	1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	42.232,88	42.232,88
042	1.2.3.2 Brücken und Tunnel	0,00	0,00
043	1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung u. Sicherheitsanlagen	0,00	0,00
044	1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	260.882,84	246.821,08
045	1.2.3.5 Straßennetze mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	360.200,38	342.635,21
040, 046	1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	4,00	4,00
05	1.2.4 Bauten auf fremdem Grund u. Boden	2,00	2,00
06	1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00
07	1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1,00	1.858,31
08	1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.476,21	1.164,35
09	1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00
	1.3 Finanzanlagen	995,00	995,00
10	1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	995,00	995,00
11	1.3.2 Beteiligungen	0,00	0,00
12	1.3.3 Sondervermögen	0,00	0,00
	1.3.4 Ausleihungen	0,00	0,00
1315	1.3.4.1 Ausleihungen an verbundene Unternehmen Beteiligungen, Sondervermögen	0,00	0,00
1316, 1318-1319	1.3.4.2 Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00
140-142, 144	1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00
	2. Umlaufvermögen	269.271,45	350.661,91
	2.1 Vorräte	0,00	0,00
151-153	2.1.1 Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	0,00	0,00
1551, 156	2.1.2 unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen	0,00	0,00
154, 1552	2.1.3 fertige Erzeugnisse und Waren	0,00	0,00
157-159	2.1.4 Geleistete Anzahlungen und sonstige Vorräte	0,00	0,00
	2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.344,30	14.436,42
161	2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	7.936,69	13.738,28
169	2.2.2 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00
1692	2.2.2.1 Forderungen aus dem Zahlungsverkehr ggü. amtsangehörigen Gemeinden	0,00	0,00
	2.2.2.2 Forderung aus Steuervorgängen	0,00	0,00
171	2.2.3 Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	407,61	609,08
179	2.2.4 Sonstige Privatrechtliche Forderungen	0,00	89,06
178	2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00
143	2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
180-184	2.4 Liquide Mittel	0,00	0,00
185	2.4.1 Forderung aus dem Zahlungsverkehr ggü. Amt (liquide Mittel)	260.927,15	336.225,49
19	3. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
	BILANZSUMME AKTIVA	1.047.803,12	1.097.613,63

	Bezeichnung	31.12.2020	31.12.2021
		in EUR	
	PASSIVA		
	1. Eigenkapital	365.161,89	425.005,42
201	1.1 Allgemeine Rücklage	347.110,99	347.110,99
202	1.2 Sonderrücklage	0,00	0,00
203	1.3 Ergebnisrücklage	0,00	18.050,90
204	1.4 vorgetragener Jahresfehlbetrag	-24.922,73	0,00
205	1.5 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	42.973,63	59.843,53
	2. Sonderposten	604.072,89	584.060,67
231	2.1 für aufzulösende Zuschüsse	348.445,90	339.106,13
232	2.2 für aufzulösende Zuweisungen	68.491,12	62.021,40
	2.3 für Beiträge	186.495,07	181.165,19
2331	2.3.1 aufzulösende Beiträge	186.495,07	181.165,19
2332	2.3.2 nicht aufzulösende Beiträge	0,00	0,00
234	2.4 für Gebührenausschleich	640,80	1.767,95
235	2.5 für Treuhandvermögen	0,00	0,00
236	2.6 für Dauergrabpflege	0,00	0,00
239	2.7 Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
	3. Rückstellungen	0,00	0,00
251	3.1 Pensionsrückstellung	0,00	0,00
281	3.2 Altersteilzeitrückstellung	0,00	0,00
261	3.3 Rückstellung für später entstehende Kosten	0,00	0,00
262	3.4 Altlastenrückstellung	0,00	0,00
282	3.5 Steuerrückstellung	0,00	0,00
283	3.6 Verfahrensrückstellung	0,00	0,00
284	3.7 Finanzausgleichsrückstellung	0,00	0,00
27	3.8 Instandhaltungsrückstellung	0,00	0,00
285	3.9 Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im Haushaltsjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist	0,00	0,00
289	3.10 Sonstige andere Rückstellungen	0,00	0,00
	4. Verbindlichkeiten	78.568,34	88.547,54
301	4.1 Anleihen	0,00	0,00
	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	59.264,00	55.440,00
3215	4.2.1 von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	0,00	0,00
3210-3214, 3216	4.2.2 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00
3217-3219	4.2.3 vom privaten Kreditmarkt	59.264,00	55.440,00
331	4.3 Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	0,00	0,00
335	4.3.1 Verbindlichkeiten aus dem Zahlungsverkehr ggü. dem Amt	0,00	0,00
34	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00
35	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18.102,46	30.361,66
36	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00
	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	1.201,88	2.745,88
375	4.7.1 Verbindlichkeiten aus dem Zahlungsverkehr ggü. amtsangehörigen Gemeinden	0,00	0,00
379	4.7.2 sonstige Verbindlichkeiten	1.201,88	2.745,88
371	4.7.3 Verbindlichkeiten aus Steuervorgängen	0,00	0,00
39	5. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
	BILANZSUMME PASSIVA	1.047.803,12	1.097.613,63

Nachrichtlich:

1. Summe der übertragenen Ermächtigungen für Aufwendungen nach § 23 Abs. 1 GemHVO-Doppik: 0,0 TEUR.
2. Summe der übertragenen Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach § 23 Abs. 2 GemHVO-Doppik: 0,0 TEUR.
3. Summe der von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften (Wert zum Bilanzstichtag) 0,00 EUR.

Anhang zum Jahresabschluss 2021 der Gemeinde Pommerby

Allgemeine Vorbemerkungen

Der Haushaltsplan 2021 der Gemeinde Pommerby wurde nach den Regeln der Doppik aufgestellt. Zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres ist nach § 44 GemHVO – Doppik ein Jahresabschluss zu erstellen.

In dem Anhang zum Jahresabschluss gem. § 44 Abs. 1 Nr. 5 i.V.m. § 51 GemHVO – Doppik sind die angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte diese beurteilen können.

Dieser Anhang bezieht sich auf die Schlussbilanz 2021. Es werden hier ausschließlich die Veränderungen gegenüber der Schlussbilanz 2020 erläutert.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierung der seit dem 01.01.2014 beschafften oder erstellten Anlagegüter erfolgte ausschließlich nach den Maßgaben des § 41 GemHVO – Doppik zu Anschaffungs- und Herstellungskosten. Die Werte der abnutzbaren Anlagegüter wurden, entsprechend ihrer Nutzungsdauer gemäß den Vorgaben der Verwaltungsvorschriften über Abschreibungen von abnutzbaren Vermögensgegenständen des Anlagevermögens der Gemeinden (VV-Abschreibung) vom 08.01.2014, um die planmäßige, lineare Abschreibung gem. § 43 GemHVO - Doppik reduziert.

Weiterhin bildet die Bewertungsrichtlinie für die Eröffnungs- und Folgebilanzen der Gemeinden im Amt Geltinger Bucht und des Amtes Geltinger Bucht die Grundlage für die Bilanzierung und Bewertung des Anlagevermögens.

Abweichungen von diesem Grundsatz werden ggf. zu den einzelnen Bilanzpositionen erläutert.

Erläuterung der wertveränderten Bilanzpositionen

(Die Nummerierung bezieht sich auf die fortlaufenden Bilanzpositionen)

Aktiva

Auf der Aktiv-Seite der Bilanz werden die Vermögensgegenstände der Gemeinde dargestellt. Die Bilanzsumme der Aktiva zum 31.12.2021 beträgt insgesamt 1.097.613,63 €.

1. Anlagevermögen

Bilanzsumme: 746.951,72 €

1.2 Sachanlagen

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude

Stand zum 01.01.2021	103.349,12 €
<u>Abschreibung</u>	<u>- 1.498,47 €</u>
Stand zum 31.12.2021	101.850,65 €

1.2.3 Infrastrukturvermögen**1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen**

Stand zum 01.01.2021	260.882,84 €
<u>Abschreibung</u>	<u>- 14.061,76 €</u>
Stand zum 31.12.2021	246.821,08 €

1.2.3.5 Straßennetze mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen

Stand zum 01.01.2021	360.200,38 €
<u>Abschreibung</u>	<u>- 17.565,17 €</u>
Stand zum 31.12.2021	342.635,21 €

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Stand zum 01.01.2021	1,00 €
Zugang (Defibrillator)	1.938,06 €
<u>Abschreibung</u>	<u>- 80,75 €</u>
Stand zum 31.12.2021	1.858,31 €

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Stand zum 01.01.2021	1.476,21 €
<u>Abschreibung</u>	<u>- 311,86 €</u>
Stand zum 31.12.2021	1.164,35 €

2 Umlaufvermögen

Bilanzsumme: 350.661,91 €

Zum Umlaufvermögen gehören die Vermögensgegenstände, die nicht dauerhaft in der Gemeinde verbleiben und den Zwecken der Kommune dienen.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Gemeinde Pommerby hat zum 31.12.2021 bilanzierte Forderungen in Höhe von 14.436,42€.

Details zu dieser Summe können dem Forderungsspiegel, der als Anlage 2 diesem Anhang beigefügt ist, entnommen werden. Veränderungen der bestehenden Forderungen, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, werden im Lagebericht zum Jahresabschluss 2021 erläutert.

Die zum Stichtag 31.12.2020 bilanzierten Forderungen wurden im Haushaltsjahr 2021 durch Zahlung der Debitoren ausgeglichen.

2.4 Liquide Mittel (Forderung gegenüber dem Amt Geltinger Bucht)

Stand zum 01.01.2021	260.927,15 €
<u>Veränderung</u>	<u>75.298,34 €</u>
Stand zum 31.12.2020	336.225,49 €

Das Amt Geltinger Bucht führt die Kassengeschäfte der amtsangehörigen Gemeinden. Aus diesem Grund werden die liquiden Mittel der Gemeinden seit dem 01.01.2016 im

Kassenbestand des Amtes geführt und in den Gemeinden als Forderung gegenüber dem Amt ausgewiesen. Durch den Ausweis dieser Forderung in dem Konto 612100.185100 wird der Bestand weiterhin unter den liquiden Mitteln bilanziert.

Eine detaillierte Erläuterung zur Veränderung der liquiden Mittel (Forderungen gegenüber dem Amt) der Gemeinde Pommerby im Bilanzzeitraum 2021 kann ebenfalls dem Lagebericht entnommen werden.

Passiva

Auf der Passiv-Seite der Bilanz wird das Kapital (Eigen- und Fremdkapital) der Gemeinde nachgewiesen.

Die Bilanzsumme der Passiva zum 31.12.2021 beträgt insgesamt 1.097.613,63 €

1. Eigenkapital

Die Bilanzsumme beträgt 425.005,42 € und hat sich somit gegenüber der Schlussbilanz 2020 um 59.843,53 € erhöht.

Das kommunale Eigenkapital der Gemeinde Pommerby setzt sich wie folgt zusammen:

Allgemeine Rücklage	347.110,99 €
Sonderrücklage	0,00 €
Ergebnisrücklage	18.050,90 €
Vorgetragener Jahresfehlbetrag	0,00 €
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	59.843,53 €

2. Sonderposten

Bilanzsumme: 584.060,67 €

2.1 Aufzulösende Zuschüsse

Stand zum 01.01.2021	348.445,90 €
Zugang (Zuschuss für Defibrillator)	1.938,06 €
<u>Auflösungen</u>	- 11.277,83 €
Stand zum 31.12.2021	339.106,13 €

2.2 Aufzulösende Zuweisungen

Stand zum 01.01.2021	68.491,12 €
<u>Auflösungen</u>	- 6.469,72 €
Stand zum 31.12.2021	62.021,40 €

2.3.1 Aufzulösende Beiträge

Stand zum 01.01.2021	186.495,07 €
<u>Auflösungen</u>	- 5.329,88 €
Stand zum 31.12.2021	181.165,19 €

2.4 Gebührenaussgleich

Stand zum 01.01.2021	640,80 €
Zugang (Gebührenüberschuss Abwasserbeseitigung)	1.127,15 €
<u>Abgang (Gebührendefizit Abwasserbeseitigung)</u>	<u>- 0,00 €</u>
Stand zum 31.12.2021	1.767,95 €

4. Verbindlichkeiten

Die Gemeinde Pommerby hat zum 31.12.2021 bilanzierte Verbindlichkeiten in Höhe von 88.547,54 €.

Details zu diesen Summen können dem Verbindlichkeitspiegel, der als Anlage 3 diesem Anhang beigelegt ist, entnommen werden. Veränderungen der bestehenden Verbindlichkeiten, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, werden im Lagebericht zum Jahresabschluss 2021 erläutert.

Sonstiges und Anlagen

Dem Anhang sind gemäß § 51 Abs. 3 GemHVO-Doppik folgende Anlagen beigelegt:

Anlage 1: Anlagenspiegel

Anlage 2: Forderungsspiegel

Anlage 3: Verbindlichkeitspiegel

Anlage 4: Aufstellung der übertragenen Haushaltsermächtigungen

Anlage 5: Übersicht über Sondervermögen, Zweckverbände, Gesellschaften,

Kommunalunternehmen, andere Anstalten und Wasser- und Bodenverbände

Pommerby, 16.03.2022

Rolf Frerich
Bürgermeister

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen 2021

Produkt	Konto	Produkt	Konto	Ansatz	AO	Überschreitung	Begründung
126000	524100	Brandschutz	Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen usw.	1.300	1.350,39	50,39	Entleerung Klärgrube *
315200	531800	Pflegeeinrichtungen, Sozialstation	Diakonischer Mehrwert an Krankenpflegeverband	500	511,77	11,77	Abrechnung Diakonischer Mehrwert durch Diakonie-Sozialstation *
365100	531200	Kindertagesstätten	Kita-Kosten-Anteile an Gemeinden / GV	0	16.033,48	16.033,48	Kita-Kosten 2021 (Ansatz auf Prod.-Kto 365100.531800) (5 Kinder)
531100	545700	Elektrizitätsversorgung	Erstattung an private Unternehmen	0	1.354,60	1.354,60	Abrechnung (Rückzahlung) Konzessionsabgabe 2020
537100	545250	Fäkalienabfuhr	Mitbehandlungsanteile an Gemeinden/ GV	700	936,90	236,90	Mitbehandlungsanteile an Kläranlage Gelting *
537100	545700	Fäkalienabfuhr	Erstattung an private Unternehmen	8.400	10.988,46	2.588,46	Entleerung Hauskläranlagen 2021
538100	524100	Abwasserbeseitigung	Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen usw.	3.900	6.696,00	2.796,00	Stromkosten Kläranlage
611100	534100	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	Gewerbesteuerumlage	2.600	8.998,00	6.398,00	Erhöhte Gewerbesteuer-Einnahme
611100	537210	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	Kreisumlage	75.500	79.376,52	3.876,52	Festsetzung durch Kreis Schleswig-Flensburg (höhere Finanzkraft der Gemeinde)
611100	537220	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	Amtsumlage	50.600	56.228,29	5.628,29	Festsetzung durch Amt Geltinger Bucht (höhere Finanzkraft der Gemeinde)
				143.500	182.474,41	38.974,41	

* Eine Genehmigung ist gem. § 4 der Haushaltssatzung der Gemeinde bis zum Höchstbetrag von 600,00 € nicht erforderlich.

Über- und außerplanmäßige Auszahlungen 2021

Produkt	Konto	Produkt	Konto	Ansatz	AO	Überschreitung	Begründung
126000	721100	Brandschutz	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.000	1.250,56	250,56	Auszahlung Hydrantenpauschale 2020 & 2021 *
126000	724100	Brandschutz	Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen usw.	1.300	1.383,66	83,66	Entleerung Klärgrube *
126000	731800	Brandschutz	Zuschuss Kameradschaftskasse	200	400,00	200,00	Auszahlung Zuschuss Kameradschaftskasse 2020 & 2021 *
126000	783100	Brandschutz	Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	0	1.938,06	1.938,06	Defibrillator (Zuschüsse auf Prod.-Kto 126000.681800)
315200	745800	Pflegeeinrichtungen, Sozialstation	Diakonischer Mehrwert an Krankenpflegeverband	500	508,14	8,14	Abrechnung Diakonischer Mehrwert durch Diakonie-Sozialstation *
365100	731200	Kindertagesstätten	Zuweisungen an Gemeinden/ GV	0	16.033,48	16.033,48	Kita-Kosten 2021 (Ansatz auf Prod.-Kto 365100.531800) (5 Kinder)
531100	745700	Elektrizitätsversorgung	Erstattung an private Unternehmen	0	1.354,60	1.354,60	Abrechnung (Rückzahlung) Konzessionsabgabe 2020
538100	745210	Abwasserbeseitigung	Erst. Personal-/Sachmittel an Gemeinden/ GV	14.700	15.134,33	434,33	Auszahlung Abwasserteam 2020 *
611100	734100	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	Gewerbesteuerumlage	2.600	8.757,00	6.157,00	Erhöhte Gewerbesteuer-Einnahme
611100	737210	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	Kreisumlage	75.500	79.376,52	3.876,52	Festsetzung durch Kreis Schleswig-Flensburg (höhere Finanzkraft der Gemeinde)
611100	737220	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	Amtsumlage	50.600	56.228,29	5.628,29	Festsetzung durch Amt Geltinger Bucht (höhere Finanzkraft der Gemeinde)
				146.400	184.213,64	37.813,64	

* Eine Genehmigung ist gem. § 4 der Haushaltssatzung der Gemeinde bis zum Höchstbetrag von 600,00 € nicht erforderlich.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2021 der Gemeinde Pommerby

Allgemeines

Dem Jahresabschluss der Gemeinde ist gem. § 41 Abs. 2 GemHVO-Doppik ein Lagebericht beizufügen. § 52 GemHVO-Doppik schreibt vor, dass ein Lagebericht so zu fassen ist, dass er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung ist zu berichten.

Vermögenslage

	31.12.2020	31.12.2021
1. Anlagevermögen	778.531,67 €	746.951,72 €
2. Umlaufvermögen	269.271,45 €	350.661,91 €
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	0,00 €
Gesamt Aktiva	1.047.803,12 €	1.097.613,63 €

Die Investitionstätigkeiten 2021 der Gemeinde Pommerby beschränken sich auf die Beschaffung eines Defibrillators für das Feuerwehrgerätehaus, der durch Spendengelder finanziert wurde. Dieser Wertsteigerung stehen die planmäßigen Abschreibungen entgegen, so dass sich der Wert des Anlagevermögens um 31.579,95 € verringert hat.

Die im Umlaufvermögen zum 31.12.2021 bilanzierten Forderungen der Gemeinde in Höhe von 14.436,42 € wurden zwischenzeitlich durch die Zahlungspflichtigen komplett ausgeglichen. Weiterhin wurden die liquiden Mittel der Gemeinde per 31.12.2021 in Höhe von 336.225,49 € im Umlaufvermögen bilanziert.

	31.12.2020	31.12.2021
1. Eigenkapital	365.161,89 €	425.005,42 €
1.1. Allgemeine Rücklage	347.110,99 €	347.110,99 €
1.2. Sonderrücklage	0,00 €	0,00 €
1.3. Ergebn isrücklage	0,00 €	18.050,90 €
1.4. Vorgetragener Jahresfehlbetrag	-24.922,73 €	0,00 €
1.5. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	42.973,63 €	59.843,53 €
2. Sonderposten	604.072,89 €	584.060,67 €
3. Rückstellungen	0,00 €	0,00 €
4. Verbindlichkeiten	78.568,34 €	88.547,54 €
5. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	0,00 €
Gesamt Passiva	1.047.803,12 €	1.097.613,63 €

Der Jahresüberschuss 2020 von 42.973,63 € wurde anteilig (24.922,73 €) gegen den vorgetragenen Fehlbetrag gebucht. Der verbleibende Teil (18.050,90 €) wurde, wie beschlossen, zur Ergebn isrücklage gebucht. Durch den erneuten Jahresüberschuss 2021 von 59.843,53 € erhöht sich das Eigenkapital der Gemeinde auf 425.005,42 €.

Der Jahresüberschuss 2021 kann im Folgejahr der Ergebn isrücklage zugeführt werden, deren Bestand dann auf 77.894,43 € (22,44% der Allgemeinen Rücklage) ansteigt.

Die bilanzierten Verbindlichkeiten der Gemeinde beruhen auf Zahlungsfälligkeiten nach dem Bilanzstichtag und wurden, mit Ausnahme der Verbindlichkeiten aus Krediten zwischenzeitlich durch Auszahlungen beglichen.

Schuldenlage

	31.12.2020	31.12.2021
Verbindlichkeiten aus Krediten	59.264,00 €	55.440,00 €

Zum Bilanzstichtag besteht weiterhin ein Kredit (55.440,- €) mit einer Laufzeit bis 05 / 2036 zur Finanzierung der Kläranlagensanierung.

Ertragslage

ausgewählte Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2020	Ansatz 2021	Ergebnis 2021	Abweichung 2021
Erträge				
Steuern	166.526,61 €	145.300 €	211.535,55 €	66.235,55 €
Zuwendungen	94.849,63 €	73.500 €	86.849,69 €	13.349,69 €
Umlagen	7.206,24 €	8.200 €	9.986,93 €	1.786,93 €
Gebühren u.ä. Entgelte	39.288,34 €	40.600 €	43.891,07 €	3.291,07 €
Sonstige Erträge	8.286,68 €	7.500 €	7.469,00 €	-31,00 €
Finanzerträge	0,00 €	100 €	0,00 €	-100,00 €
Summe aller Erträge	316.157,50 €	275.200 €	359.732,24 €	84.532,24 €
Aufwendungen				
Personalaufwand	288,59 €	900 €	92,35 €	-807,65 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.	16.028,29 €	17.600 €	15.567,48 €	-2.032,52 €
Transferleistungen	193.119,21 €	212.600 €	213.530,23 €	930,23 €
Abschreibungen	33.417,18 €	30.600 €	33.518,01 €	2.918,01 €
Sonstige Aufwendungen	30.195,24 €	34.400,00 €	37.065,94 €	2.665,94 €
Finanzaufwendungen	135,36 €	300,00 €	114,70 €	-185,30 €
Summe aller Aufwendungen	273.183,87 €	296.400 €	299.888,71 €	3.488,71 €

Im Rahmen des Haushaltes 2021 hat die Gemeinde Pommerby einen Jahresfehlbetrag von 21.200,- € eingeplant. Vor allem bedingt durch höhere Erträge, unter anderem bei der Gewerbesteuer sowie bei allgemeinen Zuweisungen (u.a. Schlüsselzuweisung), ist ein deutlicher Überschuss in Höhe von 59.843,53 € entstanden.

Finanzlage

Finanzmittel-Bestand am 31.12.2020		260.927,15 €
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	330.703,75 €	
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	252.743,35 €	
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit		77.960,40 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.849,00 €	
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.938,06 €	
Saldo aus Investitionstätigkeit		-89,06 €
Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	3.100,00 €	
Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	1.849,00 €	
Saldo aus fremden Finanzmitteln		1.251,00 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeiten	0,00 €	
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeiten	3.824,00 €	
Saldo aus Finanzierungstätigkeiten		-3.824,00 €
Finanzmittel-Bestand am 31.12.2021		336.225,49 €

Der positive Saldo aus den getätigten Ein- und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit fiel entgegen der Planung (-13.400,- €) mit 77.960,40 € deutlich positiver aus.

Der negative Saldo aus Investitionstätigkeiten entsteht durch die nachträgliche Abwicklung der Bezuschussung der Defibrillator-Installation. Der Ausgleich erfolgt im Folgejahr.

Als Ein- und Auszahlung aus fremden Finanzmitteln sind die Einnahme und der Einsatz von Spenden für den Defibrillator verbucht.

Unter den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeiten sind die Tilgungsleistungen, wie geplant, nachgewiesen.

Somit hat sich der Bestand an liquiden Mitteln zum Bilanzstichtag um 75.298,34 € erhöht.

Zusammenfassung und Entwicklung der Haushaltswirtschaft

Durch unerwartet hohe Erträge, vor allem aus der Gewerbesteuer und weiteren Zuweisungen, konnte die Gemeinde Pommerby wiederum einen hohen Gewinn im Jahresabschluss 2021 ausweisen. Durch diesen Gewinn gelingt es erstmals, den Bestand der Ergebnissrücklage über den Bestand der Eröffnungsbilanz 2014 anwachsen zu lassen. Mit 22,44 % der Allgemeinen Rücklage liegt die Ergebnissrücklage dann wieder in dem durch § 25 Abs. 3 Gemeindehaushaltsverordnung geforderten Rahmen.

Die Gemeinde befindet sich haushaltstechnisch auf einem guten Weg. Die Entwicklung der finanziellen Situation sollte, trotz der positiven Abschlüsse der vergangenen Jahre, weiterhin sehr genau beobachtet werden. Der gute Bestand der Ergebnissrücklage ermöglicht der Gemeinde in der Zukunft kurzfristig auf negative Entwicklungen der allgemeinen finanziellen Situation reagieren zu können. Der Bestand der liquiden Mittel hilft der Gemeinde bei der Umsetzung der geplanten Investitionsmaßnahmen.

Pommerby, 17.03.2022

Rolf Frerich
Bürgermeister

Schlussbericht zum Jahresabschluss 2021 der Gemeinde Pommerby

Der Rechnungsprüfungsausschuss der Gemeinde Pommerby hat am 27.04.2022 den gem. § 91 Gemeindeordnung (GO) aufgestellten Jahresabschluss 2021 nebst Lagebericht geprüft. Sämtliche für die Prüfung erforderlichen Unterlagen wurden von der Verwaltung uneingeschränkt zur Verfügung gestellt. Die Prüfung erfolgte nach pflichtgemäßem Ermessen des Ausschusses stichprobenartig.

Die Prüfung bezog sich auf die Richtig- und Vollständigkeit der nach GemHVO-Doppik erforderten Unterlagen des Jahresabschlusses insbesondere in Ergebnis-, Finanz- und Teilrechnungen, der Bilanz sowie des Anhangs und des Lageberichtes.

Der Umfang der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wurde geprüft.

Die Zahlungsanordnungen für die Finanzbuchhaltung nebst anliegenden Rechnungsbelegen wurden stichprobenartig kontrolliert.

Nach der Prüfung wurde durch den Rechnungsprüfungsausschuss festgestellt, dass

- der Haushaltsplan 2021 eingehalten worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt worden sind,
- bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist,
- das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind,
- der Anhang zum Jahresabschluss vollständig und richtig ist,
- der Lagebericht zum Jahresabschluss vollständig und richtig ist.

Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt.

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen erscheinen unabweisbar und sollten im Nachhinein – soweit nicht bereits geschehen - durch die Gemeindevertretung genehmigt werden.

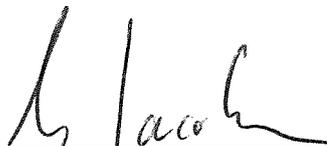
Die vorgelegten und geprüften Unterlagen vermitteln einen den Tatsachen entsprechenden Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde Pommerby.

Der Gemeindevertretung Pommerby wird empfohlen, den Jahresabschluss 2021 nebst Anhang und Lagebericht in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

Steinbergkirche, 27.04.2022

Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses der Gemeinde Pommerby


Annika Almstadt, Vorsitzende


Malte Jacobsen


Reinhard Schmuck